

Demokratie lernen

ab Seite 3

Populismus

Nationalismus in Europa wächst. Ob Brexit, Fluchtbewegungen oder Energiekrise, all das fördert nationalistische Rhetorik und verleiht Populisten Auftrieb.

Seite 16

Arbeitswelt

Flexiblere Arbeitszeiten, Homeoffice und Remote Work: Sie sind das „New Normal“. Aktuelle Debatten im Fokus.

Seite 32

Mitarbeiterportrait

Laura Martena hat den Arbeitsbereich Ethische und Theoretische Grundlagen der Politik übernommen. Wer ist sie und was hat sie vor?

Seite 35

Blick über den See

Inhalt

SCHWERPUNKT

- 3** Gelebte Demokratie an der Akademie
- 8** Ethische Bildung im Dialog
- 12** Automatisiertes Lernen:
KI im Bildungssystem

EUROPA

- 16** Mitteleuropa und die EU: Im Populismus und Nationalismus geeint?
- 20** Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik: Wirklich ein zahnloser Tiger?
- 24** Tschechien und Deutschland in Europa

PODCAST

- 22** #Episode 22:
Die Macht der Ratingagenturen

SICHERHEIT & GESELLSCHAFT

- 29** Forum Verfassungspolitik über die Staatsaufgabe Sicherheit
- 32** Die Arbeitswelt der Zukunft: Sind 40-Stunden-Wochen noch zeitgemäß?
- 46** Markus Söder im Gespräch mit Anouschka Horn beim Jahresempfang

KULTUR

- 42** Holger Paetz im Doppelpack
- 44** Lucy van Kuhl singt Geschichten aus dem Leben
- 45** Heimatabend mit Maxi Schafroth

AKADEMIE INTERN

- 35** Mitarbeiterportrait: Ein Interview mit Laura Martena
- 38** Zum 20. Todestag des homo politicus Manfred Hättich
- 47** Namen und Nachrichten
- 48** Impressum

TITELABB.: © iStock/johnwoodcock



In den Debatten über die Auswirkungen von ChatGPT (Generative Pre-trained Transformer) geht es häufig darum, wie sich die auf Künstlicher Intelligenz basierenden Sprachmodelle auf das Lehren und Lernen auswirken. Das liegt nahe: Schließlich wird diese „generative KI“ zur Erzeugung, also Generierung, von Texten und sonstigen Inhalten eingesetzt. Das geschieht gemäß

der Wahrscheinlichkeit, mit der ein Wort in einem bestimmten Zusammenhang auf das andere folgt. In Sekundenschnelle schreibt ChatGPT auf bzw. antwortet: von der gefühligen Ansprache zu Opas Geburtstag über Examina bis hin zu wissenschaftlichen Texten.

Bei aller berechtigten Sorge, dass Lehrkräfte bald endgültig nicht mehr wissen, auf wessen Urheberschaft ein zu korrigierender Text tatsächlich zurückgeht. Eine andere Frage muss uns mehr umtreiben: Die Sorge vor den zerstörerischen Folgen von ChatGPT für unsere Demokratie. Das Sprachmodell wurde und wird mit einer riesigen Menge von Textdaten aus dem Internet trainiert. Mit richtiger Rechtschreibung und Zeichensetzung werden dem Nutzer in seriösem Stil und Ton teilweise hanebüchene Unwahrheiten untergeschoben. Im eigenen Fachgebiet erkennt man diese Fehler sofort, aber wer kennt sich schon überall aus? Bereits jetzt ist die zu Grunde liegende Datenmenge – ungeachtet von Filterungsversuchen – durchzogen von Vorurteilen und Extremismen. Hinzukommen gezielte Manipulationen sowohl an den Textdaten im Netz als auch durch Eingaben von Nutzern. Man stelle sich vor, Abermillionen Nutzer würden in ihren „Prompts“ vermitteln, die Erde sei eine Scheibe – das zeitigte zwangsläufig Folgen für die generierten Texte. Zu allem Überfluss beobachten wir, dass Europa ungeachtet seiner starken KI-Forschung gegenüber den US-Tech-Giganten ins Hintertreffen gerät. Was man in der Klimaforschung als Kipppunkte bezeichnet, könnte in der Digitalen Transformation der „lock in“-Effekt sein: Die Menge an gesammelten Daten verschafft einen Vorsprung, der den Wettbewerb beeinträchtigt und Regulierungsversuche an der Drohung des Abschaltens scheitern lässt.

Monopolbildung ist immer relevant. Wenn ein Monopol durch Sprachmodelle die öffentliche Meinung und damit die Grundlagen unserer freiheitlichen Demokratie beeinflusst, stellt es eine akute Gefahr für unser Gemeinwesen dar. Auch wir beobachten diese Entwicklung aufmerksam. Danke, dass Sie uns dabei begleiten.

Mit herzlichen Grüßen Ihre

Prof. Dr. Ursula Münch
Direktorin der Akademie für Politische Bildung

Gelebte Demokratie an der Akademie für Politische Bildung

„Wer, wenn nicht wir? Werkraum Demokratie 2023“ so lautete der Titel des partizipativen Veranstaltungsformats der Akademie für Politische Bildung in Kooperation mit der Nemetschek Stiftung und Bayern 2.



Demokratie und Kompromissfindung entstehen aus Debatten und Kontroversen.
© iStock/johnwoodcock

Bereits zum zweiten Mal fand der "Werkraum Demokratie" an der Akademie statt. Zum ersten Mal in Präsenz beschäftigten sich 40 Gäste im Alter zwischen 15 bis 82 über ein ganzes Wochenende mit politischen Themen, die unser Zukunft aller betreffen. Fast 300 Zuhörerinnen und Zuhörer hatten sich beim Auswahlverfahren von Bayern 2 beworben. Der Andrang spiegelt das starke Bedürfnis nach politischer Teilhabe wider. Die Teilnehmenden wurden von der Auswahljury nach unterschiedlichen demographischen Kriterien ausgesucht, um einen Querschnitt der Gesellschaft abzubilden. Vertreten waren unterschiedliche Regierungsbezirke, Berufsgruppen, Wirtschaftssektoren, Erwerbs- und Bildungsbio-graphien, sowie Selbständige oder Angestellte.

Wie wollen wir leben? Was braucht eine zukunftsfähige Demokratie?
Welche gesellschaftlichen Impulse wollen wir anstoßen?

Das Besondere am Veranstaltungsformat des Werkraums ist, dass nicht ausgewiesene Experten und Expertinnen zu einem Thema im Vordergrund stehen, sondern dass die Teilnehmenden selbst die Hauptprotagonisten sind. Im Laufe der Tagung befassten sich die Teilnehmenden in kleineren Arbeitsgruppen mit drei zukunftsrelevanten Themen: generationengerechte Zukunft, Ernährungswende und digitale Transformation. Ziel der Gruppenarbeit war, konkrete politische Handlungsempfehlungen zu den jeweiligen Themen zu formulieren. Die entstandenen Vorschläge für die Politik sind Ergebnis eines Denk- und Aushandlungsprozesses innerhalb der Gruppe. Anhand der zum Teil recht unterschiedlichen Ausgangspositionen konnte hier Demokratie und damit Kompromissfindung im Kleinen direkt gelebt und erlebt werden. Angesichts der Heterogenität der Biographien und Lebenswelten der Teilnehmenden war dies kein Selbstläufer. Die Gruppen haben im Laufe des Wochenendes einen Entwicklungsprozess durchlaufen und dank der konstruktiven Zusammenarbeit scheute man die Debatte und die Kontroverse mitnichten – dies mit

großem Erfolg. Beim Abschlussplenum präsentierten die Gruppen eindrucksvoll die Ergebnisse ihrer Gruppendiskussionen. Und dabei wurde es nicht belassen: Im Nachgang des Werkraums diskutierten Vertreterinnen und Vertreter aus Landes- und Kommunalpolitik zusammen mit Akademie-Direktorin Ursula Münch und Christine Bergmann von Bayern 2 die wichtigsten Impulse des Werkraums. Idee war, die von den Bürgerinnen und Bürgern entworfenen Ideen und Vorschläge einem konstruktiven Realitätscheck zu unterziehen. Die ein oder andere Handlungsempfehlung kam den Politikerinnen und Politikern zwar bekannt vor. Dennoch waren die Podiumsgäste vom innovativen und progressiven Charakter der Werkraum-Vorschläge sehr beeindruckt, was Würzburgs Klimabürgermeister Martin Heilig zum Appell an die Gäste verleitete, die existierenden Strukturen zur politischen Teilhabe zu nutzen [sinngemäß]: „Treten Sie in eine Partei ein und wirken Sie mit!“

Folgend werden die Handlungsempfehlungen zu den einzelnen Themen in Grafiken dargestellt, die mit einem professionellen „Graphic Recording“ während der Tagung erstellt worden sind. Ob generationengerechte Zukunft, Ernährungswende oder digitale Transformation, den Teilnehmenden des Werkraums mangelte es nicht an Kreativität im Entwerfen konkreter politischer Maßnahmen. Staunen Sie selbst.

Generationengerechte

Zukunft: Wie machen wir den Gesellschaftsvertrag fit für die Zukunft?

Während die Älteren bei steigender Lebenserwartung viele Jahre im solidarisch finanzierten Ruhestand verbringen, blicken die Jüngeren auf eine Welt im Klimawandel und auf ein Leben mit schwindender sozialer Absicherung, verschärft durch den demographischen Wandel. Welche Folgen hat unser heutiges Handeln für das Leben der jungen Menschen? Wie können wir den Ressourcenverbrauch generationengerecht gestalten? Inwiefern sollte Lebensarbeitszeit neu gedacht werden? Wie kann „Solidarität der Generationen“ mehr umfassen als die Rente? Welche Antworten die Teilnehmenden des Werkraums auf diese Fragen vorschlagen, sehen Sie auf Seite 5.

Gesunder Planet, gesunde

Menschen: Wie gelingt es uns, die Produktion von Lebensmitteln und unsere Ernährung nachhaltig und sozial zu gestalten?

Wir haben nur einen Planeten, der zunehmend darunter leidet, genug Nahrung für alle Menschen zu produzieren. Welche Ideen für nachhaltigen Anbau sowie für eine planetenfreundlichere Ernährung brauchen wir? Wie können wir Ernährung und Agrarwirtschaft sozial verträglich denken? Wie müssen wir die Weichen stellen, damit wir innerhalb der Ressourcen unseres Planeten nachhaltig, aber bezahlbar wirtschaften und konsumieren?

Auf Seite 6 finden Sie die Handlungsempfehlungen der Teilnehmenden des Werkraums zur Ernährungswende.

Am Ball bleiben:

Wie können wir durch lebenslanges Lernen mit der digitalen Transformation Schritt halten?

Schule, Bildung und Arbeitswelt werden immer digitaler. Mit der technischen Evolution und den teils disruptiven Veränderungen dringen auch andere Fragen in diese Bereiche ein: Wie können wir echte Chancengleichheit herstellen? Brauchen wir eine andere Fehler- und Lernkultur? Wie müssen sich Karriereverständnis und Idealvorstellungen von Arbeitsbiographien verändern? Was sind „Digital Skills“ und wie kann man sich auch jenseits von Schule und Ausbildung fit halten für die fortlaufenden technischen und sozialen Innovationen in der Arbeitswelt? Den vorgeschlagene Maßnahmenkatalog zu diesen Fragen finden Sie grafisch aufgearbeitet auf Seite 7.



Giulia Mennillo

Weiterführende Links:

Zusammenfassung des Werkraums in Bayern 2:
<https://www.br.de/radio/bayern2/sendungen/nahaufnahme/wer-wenn-nicht-wir-notizen-von-einer-tagung-fuer-muendige-buerger-100.html>



Bericht über die Podiumsdiskussion zu Beginn des Werkraums „Frust auf die Politik: Wie kommen wir aus der Unmutsfalle?“ auf der Akademie-Website:
https://bit.ly/podiumsdiskussion_werkraum



Mitschnitt der Post-Werkraum-Diskussionsrunde auf Bayern 2:
<https://www.br.de/radio/bayern2/import/audiovideo/wer-wenn-nicht-wirdebatte-aus-dem-gesellschaftsraum-der-nemetschek-stiftun-100.html>



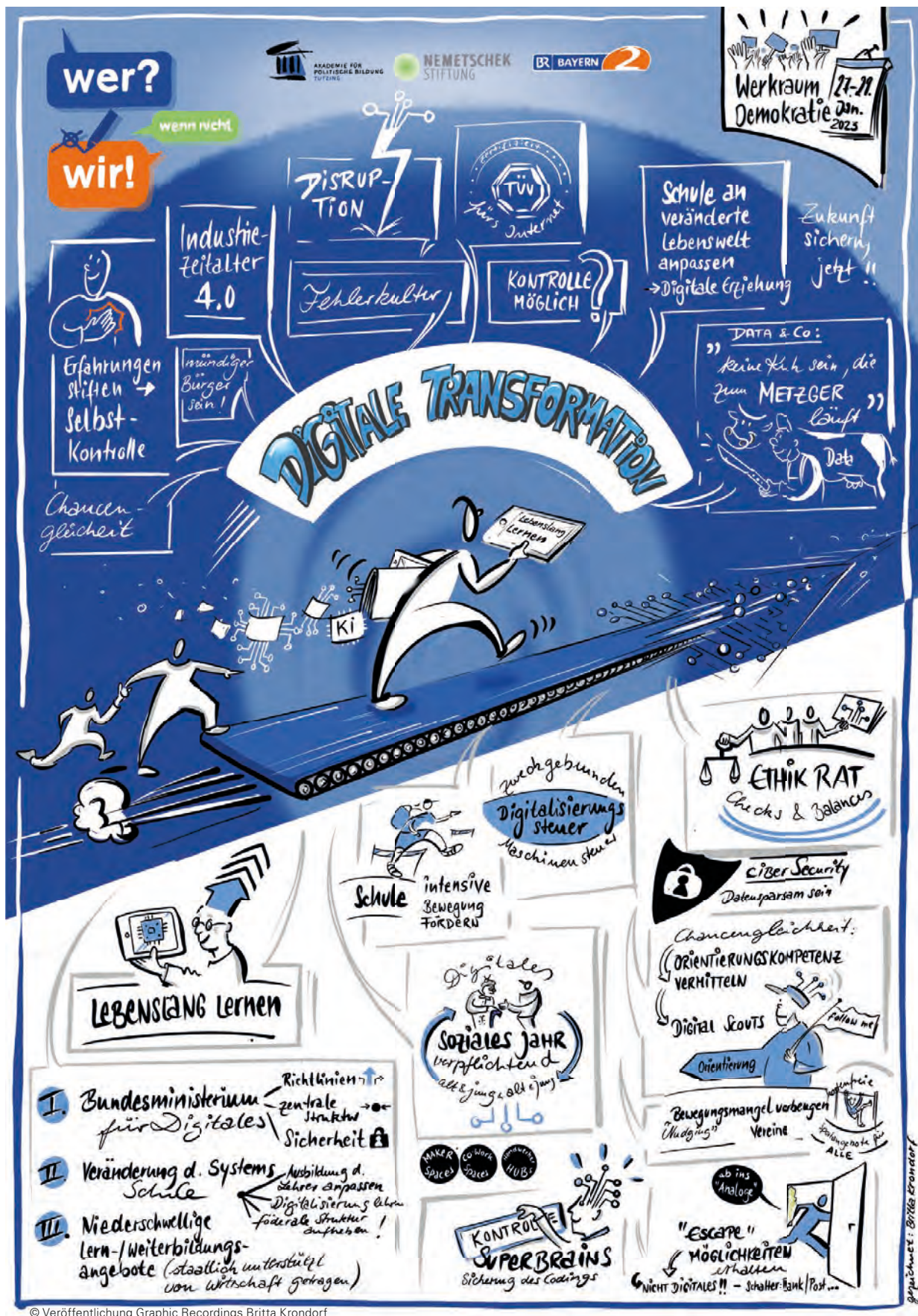
Generationengerechte Zukunft: Eine Reform des Rentensystems oder eine Erhöhung der Investitionen in Bildung sind Teil des Maßnahmenpakets für eine generationengerechte Zukunft.



Gesunder Planet, gesunde Menschen: Der ökologische Fußabdruck unserer Ernährungsweise muss transparenter gemacht werden, damit ein Bewusstsein für nachhaltige Ernährung entsteht.



Am Ball bleiben: Weniger Bildungsungerechtigkeit, lebenslanges Lernen sowie die Relevanz von Bewegung im Alltag müssen in der digitalen Transformation mitgedacht werden.



Zwischen moralischem Paternalismus und Beliebigkeit:

Ethische Bildung im Dialog

Liberale Gesellschaften sind dadurch charakterisiert, dass sie Individuen und Gruppen mit verschiedenen, miteinander widerstreitenden Werthaltungen und -vorstellungen Raum geben. Mit dieser Freiheit geht eine persönliche und kollektive Aufgabe einher: Einerseits darf und soll jede Bürgerin und jeder Bürger eine eigene normative Orientierung ausbilden.

Gleichzeitig muss in dieser Vielfalt immer wieder Gemeinsames gefunden oder geschaffen werden, wenn diese Gesellschaften ihren Fortbestand in Zukunft gewährleisten wollen. Als herausgehobener Ort, an dem beides stattfinden soll, gelten gemeinhin die Institutionen der schulischen und außerschulischen Erziehung und Bildung.

Vor diesem Hintergrund wurde in den letzten Jahren Werteerziehung zum politischen Schlagwort. Insbesondere im Kontext der ‚Flüchtlingskrise‘ sahen viele Diskursteilnehmer darin eine Antwort auf die von ihnen erwartete Zunahme gesellschaftlicher Heterogenität und damit verbundener kultureller Konflikte. Zumeist verbanden sie damit die Vorstellung der Vermittlung eines fixen Wertekanons insbesondere an Migrantinnen und Migranten, denen sie unterstellten, ‚unsere‘ Werte nicht zu teilen. Aber auch mit Blick auf sogenannte ‚Bildungsferne‘ wird eine solche Vorstellung bisweilen bemüht. Das Gemeinsame, auf das pluralistische Gesellschaften als solche angewiesen sind, könne und solle demnach ihren Mitgliedern einfach top down verordnet werden.

Aus Sicht seiner Kritikerinnen und Kritiker ist ein solches Herangehen jedoch problematisch. Einerseits ist fraglich, wie es seinerseits zum Wert des Wertpluralismus passt. Hier droht ein demokratietheoretisches Dilemma. Zudem gilt in der ethischen und politischen Bildung ein Indoktrinationsverbot, das solchen Bestrebungen Grenzen setzt. Selbst wenn wir diese Vorbehalte ausblendeten, bliebe zweifelhaft, inwieweit sie die gewünschte Wirkung entfalten könnten. Gerade wenn es um Werte im Sinne der Maßstäbe selbst geht, an denen wir uns im Denken und Handeln letztlich ausrichten, dürften bloße Beschulung und Belehrung von begrenzter Wirksamkeit sein. Es ist dann wohl auch kein

Zufall, dass sich eine so verstandene ‚Werteerziehung‘ in der Praxis oft auf moralisierende Appelle an die Befolgung sozialer Konventionen zu reduzieren scheint. Im pädagogischen Diskurs wie auch in den Didaktiken der Ethik und der politischen Bildung herrscht angesichts dessen breiter Konsens, dass es alternativer Ansätze bedarf. Gemeinsam haben die vielfältigen Konzepte, dass sie den umgekehrten Weg gehen: Sie beginnen bei den jeweiligen Werthaltungen der Teilnehmenden, die diese artikulieren, reflektieren und kritisch durchdenken können sollen. Der Perspektivwechsel schlägt sich darin nieder, dass Vertreterinnen und Vertreter solcher Konzepte nicht mehr von Werteerziehung, sondern eher von Wertebildung sprechen. Bildung ist immer auch und vor allem Selbstbildung, die sich durch bestimmte Settings und Szenarien fördern, aber nur bedingt operationalisieren und steuern lässt.

Die Tagung im Kulturzentrum Seidlvilla in München-Schwabing widmete sich einer spezifischen Methode, solche Bildungsprozesse zu ermöglichen, die ursprünglich der praktischen Philosophie entstammt: dem (neo-)sokratischen Gespräch. Sie ging der Frage nach, inwiefern sie für Wertebildung in liberalen Demokratien fruchtbar zu machen ist. Dazu wurde die Methode von Expertinnen und Experten umrissen und mit den Gästen, größtenteils selbst Multiplikatorinnen und Multiplikatoren im Bildungsbereich, auf ihre Leistungen und Grenzen befragt. Vor dieser Folie wurde das Projekt „Freiheit – Gerechtigkeit – Glück: Jugend im Dialog“ vorgestellt und gemeinsam weiterentwickelt. Seine Initiatorinnen und Initiatoren erproben solche (neo-)sokratisch inspirierten Gespräche mit Jugendlichen und jungen Erwachsenen diverser Herkunft und Milieus.

Das (neo-)sokratische Gespräch und die Arbeit am Begriff

Das (neo-)sokratische Gespräch geht, wie sein Name verrät, auf Sokrates zurück. Er war dafür berühmt, seine Mitbürger in Gespräche zu verwickeln, in denen unversehens ihre lebensleitenden Vorstellungen auf den Prüfstand gestellt wurden. In seinen Dialogen inszeniert Platon die Praxis seines Lehrers. So lässt er Sokrates mit einem betagten Kaufmann über die Gerechtigkeit, mit einem General über die Tapferkeit oder mit einem Priester über die Frömmigkeit sprechen. Immer wieder zeigt sich, dass seine Partner ihre Vorstellungen nicht konsistent explizieren und begründen können. Sie verwickeln sich in Widersprüche und müssen letztlich ihr Nicht-Wissen eingestehen – womit die Möglichkeit zur gemeinsamen Suche nach der Sache erst eröffnet ist.

Viele seiner Zeitgenossen hielten Sokrates für einen gefährlichen Störenfried. Letztlich schafften sie sich ihn per Justizmord vom Hals. Spätere Denkerinnen und Denker erklärten ihn dagegen nicht nur zum Begründer der (politischen) Philosophie, sondern zum philosophischen Lehrer par excellence. Im 20. Jahrhundert entwickelten sie seine Gesprächspraxis weiter und machten sie zur pädagogischen Methode – wobei das entscheidende Moment der Widerlegung allerdings zunehmend in den Hintergrund trat. Populär machte sie vor allem der Philosoph und Mathematiker Leonard Nelson.

Von Nelsons Version ging auch Jens Kertscher aus, der an der TU Darmstadt forscht und die Grundlagen des (neo-)sokratischen Gesprächs erörterte. Zunächst betonte er deren Attraktivität für philosophisch-ethische Bildungsprozesse. So sei sie nicht nur ergebnisoffen, sondern durch und durch anti-dogmatisch. Die Beteiligten, inklusive der Gesprächsleitung, können darin nicht beanspruchen, dass ihre je eigenen Voraussetzungen unbefragt auch für alle anderen gelten. Vielmehr gehört deren Aufdeckung ebenso zum Gespräch wie der Versuch, sie begründend einzuholen und das Einfordern solcher Begründungen von den anderen Gesprächsteilnehmern. In seiner Sachorientierung und argumentativen Strenge unterscheidet es sich idealiter von Alltagsgesprächen, die meist eher der Selbstbestätigung zu dienen scheinen. Ebenso unterscheidet es sich von agonalen Debatten, in denen es den Beteiligten darum geht, ihren von vornherein feststehenden Standpunkt durchzusetzen, sprich: ums Gewinnen.

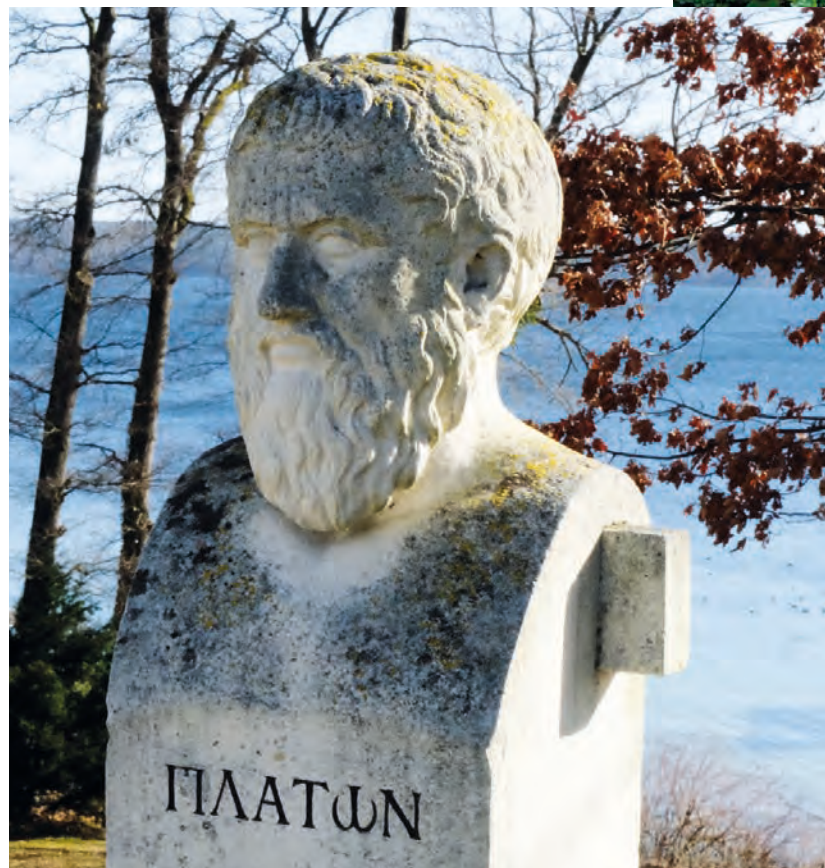
Zugleich problematisierte Kertscher eine Grundannahme, von der Nelson seinerseits ausging. So nahm er an, dass es in der Philosophie universelle Wahrheiten gibt, auf die sich idealiter alle vernünftigen Diskursteilnehmer einigen können. Es gäbe demnach nicht einfach plurale Vorstellungen davon, was etwa Gerechtigkeit bedeutet, sondern einen bestimmten, einheitlichen Sachverhalt, der damit intendiert ist und den wir in unseren Urteilen treffen oder verfehlen können. Kertscher setzte diesem starken Anspruch die bescheidenere Konzeption einer Arbeit mit begrifflichen Vorverständnissen entgegen. Konkret schlug er vor, sich an ‚dichten Begriffen‘ abzuarbeiten. Dabei handelt es sich um solche, in denen sich Beschreibung und Bewertung oft unbemerkt vermischen. Beispiele sind ‚Fairness‘, ‚Grausamkeit‘, ‚Feigheit‘ oder ‚Faulheit‘.

Der Wert der Vernunft

Kertscher identifizierte dann Tugenden und Fähigkeiten, die sich in (neo-)sokratischen Gesprächen schulen lassen. Dazu gehört die Differenziertheit im Urteil wie auch der angemessene Umgang mit Vorläufigkeit,

Unsicherheit und Grauzonen. Diese Fähigkeit sei entscheidend, um einem naiven Relativismus vorzubeugen. So ziehen (nicht nur) junge Menschen, die mit dem Philosophieren beginnen, aus der Erschütterung ihrer naiven (Vor-)Urteile oft den Schluss, alle Urteile seien gleich gültig. Im (neo-)sokratischen Gespräch könne und müsse diese vermeintliche Beliebigkeit überwunden werden, ohne in das andere Extrem eines naiven Moralismus zurückzufallen.

Schließlich warf Kertscher eine Frage auf, die vom Plenum kontrovers diskutiert wurde: Hat die Rationalität, die in solchen Gesprächen aktualisiert und eingeübt werden soll, nur ein logisches Fundament? Dann würde es im Grunde genügen, die entsprechenden logisch-argumentativen Fähigkeiten zu schulen. Oder ist sie selbst wertbasiert? Er argumentierte für die zweite Position: So setze Rationalität voraus, dass wir den ‚zwanglosen Zwang des besseren Arguments‘ (Jürgen Habermas) allererst als solchen anerkennen. Rationalität wäre insofern selbst ein Wert, und die Forderung danach nicht nur eine logische, sondern zugleich eine ethische. Eine weiterführende Frage wäre, ob und wie sich die Bindung daran ihrerseits schulen ließe. Gerade in ‚postfaktischen‘ Zeiten stellt sie sich im Kontext ethischer und politischer Bildung mit neuer Dringlichkeit, wird hier aber bisher kaum je diskutiert.



Der antike Philosoph Platon hat einen Platz auf dem Gelände der Akademie.
Fotos: © Archiv (APB)

Chancen und Grenzen

Ein Podium widmete sich den Möglichkeiten und Grenzen der Wertebildung im (neo-)sokratischen Gespräch weiter nach. Ariane ten Hagen, die in der Sozialphilosophie forscht und eine philosophische Praxis nahe Frankfurt betreibt, ging zunächst der Rede von „Werten“ nach. Diese begriff sie in Anlehnung an Hans Joas als auch emotional stark besetzte Vorstellungen darüber, was wahrhaft des Wünschens wert ist. Unsere Bindung an Werte sei demnach kein rein rationales Geschehen. Wir suchten uns Werte nicht einfach aus, sondern erleben uns vielmehr als von ihnen ergriffen. Erfahrungen des Ergriffenseins von subjektiv Gutem könnten, so ten Hagen, aber nicht willentlich hergestellt und Werte also auch niemandem vorge-schrieben werden. Allerdings könnten solche Erfahrungen in philosophischen Dialogen artikuliert und hermeneutisch exploriert werden. Schließlich können solche Wertenarrative wiederum Gegenstand reflexiver Kritik und sekundärer Aneignung werden. Donata Romizi, Philosophieprofessorin an der Universität Wien, griff die Frage auf, was von dem Konzept bleibt, wenn unter ‚postmodernen‘ Vorzeichen der Glaube an die objektive, absolute Wahrheit schwindet. Kann dann bestenfalls noch ein Konsens der Gesprächsteilnehmer angestrebt werden? Und verweist ein solcher wiederum auf eine Annäherung an Wahrheit, wie Nelson meinte, oder bloß auf eine kontingente Abmachung? Können Werte gesucht und gefunden werden, oder werden sie konstruiert? Angesichts der notorischen Kontroversität dieser metaethischen Grundfragen wechselte Romizi noch einmal die Perspektive auf das (neo-)sokratische Gespräch. Womöglich ist dessen Ergebnis auf begrifflich-diskursiver Ebene gar nicht das Entscheidende. Vielmehr werde darin eine Lebensform praktiziert, auf die selbst der höchste Wert zu legen sei. Indem wir uns auf die Überprüfung fremder und eigener Meinungen einlassen – auch und gerade dann, wenn diese stark affektiv aufgeladen sind –, unsere Subjektivität zu überwinden versuchen und uns daran gewöhnen, nicht immer Recht behalten zu wollen, sondern uns gemeinsam mit anderen an der Sache zu orientieren, habe ihr Vollzug selbst eine existentielle und politische Dimension. Das betonte auch Minkyung Kim, Professorin für Fachdidaktik der Philosophie an der Universität Chemnitz. Sie machte ausgehend von ihren eigenen Praxiserfahrungen stark, dass (neo-)sokratische Gespräche für Jugendliche und sogar schon für Kinder Potentiale bieten. Auch und gerade sie könnten davon profitieren, erstmals über Maßstäbe nachzudenken, die sie mehr oder weniger bewusst übernommen haben und in ihren Urteilen wie selbstverständlich anlegen.

Projekt „Freiheit – Gerechtigkeit – Glück: Jugend im Dialog“

Nachdem die Chancen und Herausforderungen des (neo-)sokratischen Gesprächs auf konzeptueller Ebene ausgelotet wurden, stellen Krassimir Stojanov und Karin Hutflötz das Projekt "Freiheit – Gerechtigkeit – Glück: Jugend im Dialog" ihres Instituts für philosophische Bildungsforschung und Beratung vor, das in seiner Pilotphase von der Lichterkette e.V. gefördert wird. Hutflötz, die als Philosophin hauptberuflich den Fachbereich Pädagogik und Persönlichkeit an der Domberg-Akademie in Freising leitet, skizzierte zunächst den Rahmen: Im Projekt werden (neo-)sokratische Gespräche mit herkunftsgemischten Gruppen Jugendlicher und junger Erwachsener einer Generation über Milieu-Grenzen und getrennte Sozialräume hinweg professionell angeleitet und begleitet. Gegenstand sind ethisch und politisch zentrale Werte. Dadurch sollen Begegnungs- und Reflexionsräume für den Austausch über maßgebliche Ziele und Gründe des Handelns auf individueller und gesellschaftlicher Ebene geschaffen werden.

Die Arbeit mit heterogenen Gruppen trägt der Tatsache Rechnung, dass eine solche Artikulation, Reflexion und Prüfung der eigenen Werthaltungen nicht nur für Migrantinnen und Migranten oder ‚Bildungsferne‘, sondern für jeden Menschen von Belang ist. Dabei könne kulturelle, biographische und soziale Heterogenität nicht nur als Herausforderung, sondern als Ressource sichtbar werden. Das gelte sogar noch für Wertkonflikte, die in solchen Gesprächen leicht aufbrechen. Indem sie darin moderiert ausgetragen werden, können sie selbst zu Bildungsgelegenheiten werden. Gerade daran könnten die Teilnehmenden einen angemessenen Umgang mit tiefen Dissensen lernen, indem sie diese auf ihre Genese und Begründungen befragen. Gleichzeitig könnten sie erkennen, dass die Ausrichtung auf etwas Werthafte uns als Menschen alle verbindet. Dabei könnten auch Jugendliche, die sonst kaum am politischen Prozess partizipieren, das Wesen der Demokratie, die Hutflötz im emphatischen Sinn als Lebensform versteht, exemplarisch praktizieren und als wertvoll erfahren.

Erste Erfahrungen aus der Pilotphase

Von ersten Praxiserfahrungen berichtete Krassimir Stojanov, der hauptberuflich Professor für Bildungsphilosophie an der Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt ist. Er leitete die Gespräche über Freiheit, Gerechtigkeit und Glück, die er in der Pilotphase vor allem an einer Berufsschule durchgeführt hatte. Die Teilnehmenden hatten zumeist Flucht- und Migrationserfahrungen, wobei unterschiedliche Nationalitäten vertreten waren.



Auch Platons Lehrer Sokrates ist an der Akademie präsent.

Möglichkeiten aktiver Beteiligung für bayerische Lehrpersonen

Die (neo-)sokratischen Gespräche im Rahmen des Projekts, das nach der Pilotphase und Auftakt-Veranstaltung nun in seine Hauptphase eintritt, sollen in den kommenden Jahren bayernweit weitergeführt und intensiviert werden.

Lehrkräfte insbesondere der Fächer Ethik und Politik aller Schularten, die Interesse haben, mit ihren Schülerinnen und Schülern teilzunehmen, können sich bei Laura Martena melden (l.martena@apb-tutzing.de).

Stojanov ging besonders auf die Rolle des Gesprächsleiters ein. Dieser soll im Sinne der (Neo-)Sokratik nicht versuchen, die Teilnehmenden von einer vorgegebenen Position zu überzeugen. Vielmehr soll er das Gespräch durch Fragen, Denkanstöße und das Einbringen von (Gegen-)Argumenten in Gang halten und strukturieren. Gleichwohl ist es unabdingbar, dass er mit systematischen Denkoptionen etwa mit Blick auf ein Konzept wie „Freiheit“ vertraut ist, wie sie in der philosophischen Tradition entfaltet wurden. Diese bilden sich in solchen Gesprächen nämlich ab. Nur wenn der Moderator solche konzeptuellen Schemata kennt und wiedererkennt, kann er situativ darauf reagieren und die Gesprächsdynamik rückblickend auch fachlich einordnen.

Stojanov beleuchtete aber noch einen anderen Aspekt der Moderatorenrolle. So stellt sich die Frage, wie im Kontext von Wertebildung durch (neo-)sokratische Gespräche mit rassistischen, homophoben oder antidemokratischen Äußerungen umzugehen ist. Die bisherige Erfahrung mit gemischten Gruppen hat gezeigt, dass solche Situationen zwar durchaus auftraten, sich dann aber andere Teilnehmende einschalteten und dezidiert dagegen Stellung bezogen. Auch deshalb ist Heterogenität wichtig. Ein Rezept, wie der Gesprächsleiter damit umzugehen hat, lässt sich aber kaum geben.

Bereichert wurde die Perspektive durch einen Bericht zweier Studierender, die diese Gespräche im Rahmen einer teilnehmenden Beobachtung erforscht hatten. Sie gingen auf gruppenspezifische Prozesse ein, unter anderem eine Tendenz zur inneren Spaltung der Gruppen nach Nationalitäten und die Bildung von Allianzen. Damit riefen sie in Erinnerung, dass dasjenige, was sich in solchen Gesprächen ereignet, im argumentativen Diskurs nicht aufgeht und diese soziale Dimension mitbedacht werden muss.

Zum Abschluss schilderte Gudrun Schweisfurth, die als Lehrerin an dem Projekt beteiligt war und dessen Durchführung an ihrer Berufsschule ermöglichte, ihre Erfahrungen in Form einer dichten Beschreibung. Diese setzte an, wo die Gespräche vorläufig geendet hatten: In den folgenden Wochen nahm sie in ihrem Unterricht immer wieder problematische Äußerungen auf, die darin gelegentlich aufgetaucht waren, und bearbeitete Konflikte gemeinsam mit ihren Schülerinnen und Schülern weiter. Damit zeigte sie indirekt eine Besonderheit dieser Methode auf: Im (neo-)sokratischen Gespräch können nicht nur die eigentlichen Adressatinnen und Adressaten, sondern alle Beteiligten je eigene philosophische Bildungserfahrungen machen.



Laura Martena



Hi.... I'm a CHAT BOT

Kindern sind heute bereits KI-gestützte Systeme zugänglich, daher müssen sich Schule und Eltern über pädagogische Konzepte zur Nutzung klar werden.

Foto: © iStock_Annandistock

KI im Bildungssystem

Kollektive Illusion, Kluge Innovation oder Kategorischer Imperativ?

Seit die amerikanische Firma OpenAI Ende 2022 eine aktualisierte Version des KI-gestützten Werkzeugs „ChatGPT“ veröffentlichte, ist das Thema omnipräsent. Während die einen den Niedergang der klassischen Bildung vorhersagen, erkennen andere eine willkommene Chance, notwendige Reformen im Bildungswesen anzustoßen.

Just zum Höhepunkt der Berichterstattung über ChatGPT hatte die Akademie die Tagung „Automatisiertes Lernen? Künstliche Intelligenz im Bildungssystem“ im Programm. Diskutiert wurden die Hintergründe, aktuellen wissenschaftlichen Erkenntnisse und die Folgen für das Bildungssystem. Die in Kooperation mit der Bayerischen Landeszentrale für politische Bildungsarbeit und dem Bayerischen Volkshochschulverband (bvvh) durchgeführte Tagung hatte hochkarätige Referentinnen und Referenten aus Bildung und Wissenschaft im Angebot, die spannende Einblicke in die jüngste Entwicklung eröffneten, ohne ethische Fragen auszuklammern.

Einerseits liefert der Prototyp des textbasierten Dialogsystems ChatGPT erstaunliche Antworten auf die eingegebenen Fragen, andererseits aber auch höchst fragwürdige Ergebnisse. Um zu verstehen, warum hier Erfolg und Niederlage so dicht beisammen liegen, erklärte die Wirtschaftsinformatikerin Doris Weißels von der Fachhochschule Kiel die Funktionsweise des Chatbots. Sie wies auf ein häufiges Missverständnis hin: ChatGPT kann das gestellte Problem nicht deshalb lösen, weil es die Antwort im Datenbestand gespeichert hat. Vielmehr ermittle die KI auf der Grundlage der Eingabe die wahrscheinlich passendste Ergänzung. Sie funktioniert deshalb wie eine Autovervollständigung auf dem Handy, also rein probabilistisch, erklärte Weißels. ChatGPT kennt nicht etwa die Antwort auf die Frage „Wer war der erste Mensch auf dem Mount Everest?“, sondern ermittelt für die Ausgabe Worte mit der höchsten Wahrscheinlichkeit – und landet dabei häufig richtige Treffer. Die vielfach guten Ergebnisse dürfen aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass der Bot selbst über keinerlei

semantisches Verständnis verfügt, sagte Weißels. Derzeit „halluziniert das System ja noch“, fügte sie hinzu.

KI – Paradigmenwechsel für das Lernen?

Ulrike Cress, Leiterin des Leibniz-Instituts für Wissensmedien der Universität Tübingen, gab einen Überblick über die verschiedenen Formen der KI im Bildungskontext. Je nach Design und Intention geht es dabei um Lernbegleitung (intelligente tutorielle Systeme), Empfehlungssysteme (adaptives Lernen), Lernstandsanalyse (Learning/Predictive Analytics) oder Korrektur bzw. Bewertung.

Obwohl die Studienbasis derzeit limitiert ist, weisen erste Ergebnisse darauf hin, dass sich das Lernen mit KI-Werkzeugen unterstützen und verbessern lässt, sagte Cress. Schlüssel für den Lernerfolg insgesamt seien jedoch nach wie vor die Lehrkräfte, welche den Unterricht orchestrieren und neue Konzepte in den Regelunterricht integrieren (vgl. Co-Teaching und Assisted Learning), also auch einen hybriden Einsatz von Mensch und KI realisieren. Insofern ist KI eine kluge Innovation mit Potenzial für das Bildungssystem.



Ulrike Cress über KI-Anwendungen in der Schule



Ute Schmid über das Problem der Transparenz

Dennoch lohnt ein kritischer Blick auf die Entwicklung der Künstlichen Intelligenz. Ute Schmid vom Bayerischen Institut für Digitale Transformation der Universität Bamberg wies in ihrem Vortrag zu intelligenten Tutorsystemen darauf hin, dass man Anforderungen an Korrektheit und Vollständigkeit aufgibt, wenn KI im Einsatz ist, siehe ChatGPT. Die Systeme basieren nicht mehr ausschließlich auf dem zugrunde liegenden Datenmaterial, sondern vernetzen die Informationen mit Hilfe geeigneter Parameter selbstständig. Was jedoch genau passiert, wenn Computersysteme selbstständig lernen, vermöge niemand genau zu sagen: Es handle sich um eine (intransparente) Blackbox, die unter Umständen unerwünschte Ergebnisse liefert, führte Schmid aus. Künstliche Intelligenz kann das Lernen und Lehren bereichern.



Ali Nikrang über KI, Kreativität und Kunst

Johanna Erlbacher über KI im Handwerk

Aber gibt es auch so etwas wie die Kreativität der Maschine? Dieser Frage widmete sich Ali Nikrang vom Ars Electronica Futurelab Linz. Der Kreativitätsbegriff selbst eröffne Interpretationsmöglichkeiten, es besteht allerdings Konsens über zentrale Kriterien: Neuheit, Wert und Überraschung. Während KI-Systeme zweifellos etwas Neues generieren können, das einen Wert hat, so bliebe doch ein großes Fragezeichen, ob auch eine algorithmisch kalkulierte Überraschung gelingen kann. Dies sei besonders dann fraglich, wenn die Parameter für kreativen Erfolg vage oder unbekannt sind, sagte Nikrang.

Rätsel Musik

Nikrang veranschaulichte dies am Beispiel Musik. Maschinen müssten zentrale Kernideen der Musik erfassen, um diese Kunstform erfolgreich zu produzieren. Es sei aber immer noch unklar, warum Musik bestimmte Emotionen bei den Zuhörern weckt. Auch hier ist das Verständnis der Daten wiederum essenziell, wobei aber die Identifikation relevanter Eigenschaften bei den Künsten noch schwieriger ist als in anderen Bereichen wie etwa den Naturwissenschaften, analysierte Nikrang.

Wegen der Komplexität des kreativen Prozesses stelle die KI keine Gefahr für die Kunst oder Künstler dar. Sie werde den kreativen Prozess nie ersetzen, sagte Nikrang. Sie könne allerdings, analog zum Thema Lernen, Möglichkeiten schaffen, die Menschen in verschiedenen kreativen Bereichen zu unterstützen. Einblicke in die moderne Handwerksausbildung gewährte Johanna Erlbacher vom Berufsbildungs- und Technologiezentrum Bayreuth. Das Handwerk setze sich bereits intensiv mit den Themen Digitalisierung und KI auseinander. Sie nannte einige Beispiele dafür, dass die Nutzung von KI im Handwerk Fahrt aufnimmt: So ist es für einen Bäckereibetrieb nicht nur wichtig zu wissen, wie viele Einheiten eines Produkts verkauft werden, sondern auch, in welchen Zeitfenstern die höchste Nachfrage zu erwarten ist. Auch werden heute schon Chatbots zur Terminfindung eingesetzt (zum Beispiel in Frisörbetrieben). Simultanübersetzungssysteme auf

multilingualen Baustellen unterstützen die Verständigung. Textbasierte Dialogsysteme wie ChatGPT können die Firmeneigner bei der Korrespondenz mit den Kunden helfen, indem sie benötigte Textbausteine in guter Qualität liefern, berichtete Erlbacher. In Zukunft sei der Umgang mit KI ein möglicher Schlüssel zu beruflichem Erfolg, sagte sie. Es stelle sich aber auch die Frage, bei wem die Entscheidungshoheit verbleibt: Mensch oder Maschine?

Ethik der KI

Der zweite Teil der Tagung widmete sich den Fragen der ethischen Gestaltung der KI, die bei allen Vorträgen, Diskussionen und auch Tischgesprächen stets mitschwangen. Tobias Röhl von der Pädagogischen Hochschule Zürich grenzte drei Bildungsbereiche ab, in denen er wesentliche Chancen, aber auch Risiken der KI verortet: Bei den KI-gestützten Lern- und Sozialformen gäbe es ein inhärentes Risiko der Individualisierung von Lernpfaden, was auch zu sozialer Isolation und wachsenden Leistungsunterschieden führen könne. Beim Thema Diagnostik und Prognosen bestünde einerseits die Chance, Fehlentwicklungen frühzeitig zu erkennen und angemessen gegenzusteuern. Andererseits sei die Gefahr einer datengestützten Vorverurteilung nicht von der Hand zu weisen, wie Röhl erklärte. Schließlich ging Röhl auf die ohnehin stets umstrittene Bewertung von Schüler-Leistungen ein. Auch hier bestünde das Blackbox-Problem, da nicht erkennbar sei, wie der Algorithmus zu seinen Ergebnissen kommt. Transparenz ist jedoch für eine nachvollziehbare Bewertung und deren Akzeptanz unverzichtbar, hob Röhl hervor. Außerdem besteht das Risiko, den Algorithmus zu umgehen oder auszutricksen. „Schlupflöcher wird es immer geben und sie werden früher oder später gefunden und genutzt“, sagte er.



Tobias Röhl über die zukünftige Rolle der Lehrkräfte



Niina Zuber über Regularien und Gesetze

Abschied von der Rolle des Allwissenden

Auf die Rolle der Lehrkräfte in der Zukunft angesprochen, skizziert er zwei denkbare Szenarien: die Pessimisten erwarten eine Deprofessionalisierung des

Lehrpersonals. In dieser Welt steht die Technik im Vordergrund und die Lehrkräfte leisten lediglich die technische Assistenz. Die Optimisten gehen jedoch davon aus, dass es zu einer Aufwertung des Lehrpersonals kommt. Die Lehrerinnen und Lehrer würden wichtiger als Begleiter der Lernenden, müssten sich aber von der Rolle des „Allwissenden vor der Klasse“ (sage on the stage) verabschieden. Auch Niina Zuber vom Bayerischen Forschungsinstitut für Digitale Transformation stellte fest, dass Technologie auch nicht wünschenswerte oder auch unzumutbare Ergebnisse liefert, wie die Verbreitung von Fakenews oder die Bevorzugung extremer Positionen durch Algorithmen. Sie verwies darauf, dass es in vielen gesellschaftlichen Bereichen bereits Regularien und Gesetze gibt, mit denen die Menschen gut klarkommen. Die Herausforderung für die Zukunft besteht unter anderem darin, vergleichbare Rahmenbedingungen für den Einsatz von Software und KI zu kreieren, führte Zuber aus.



Tobias Gotthardt und Simone Strohmayr diskutierten über notwendige politische Weichenstellungen für die Zukunft.

Testen, evaluieren, nicht verbieten

In der anschließenden Podiumsdiskussion diskutieren die beiden Landtagsabgeordneten Tobias Gotthardt (Freie Wähler) und Simone Strohmayr (SPD) mit den Teilnehmenden die notwendigen politischen Weichenstellungen. Strohmayr, bildungspolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion, vertrat die Auffassung, dass Werkzeuge wie ChatGPT für den Einsatz in Bildung getestet und evaluiert werden sollten. Wegen der dynamischen Entwicklung sei rasches Handeln geboten, wobei sie sich gegen ein grundsätzliches Verbot und für maximale Transparenz aussprach.

Tobias Gotthardt, bildungspolitischer Sprecher der Landtagsfraktion der Freien Wähler, sieht die Notwendigkeit einer schnellen Weichenstellung, da KI Einzug in nahezu alle Lebensbereiche halten wird. Er macht sogar den „größten Kulturwandel seit Einführung der Schulpflicht“ aus. Er sieht klare Chancen der Werkzeuge zum Beispiel bei der Unterstützung der Lehrkräfte in der Beschulung einer zunehmend heterogenen Schülerschaft, aber auch Entwicklungschancen für die



KI und Politik: (von links nach rechts) Moderator Gero Kellermann, Simone Strohmayr (SPD) und Tobias Gotthardt (FW)

bayerische Wirtschaft bei Aufbau und Pflege entsprechender Programme. Ein Fazit der Tagung ist: Die Schule muss unsere Schülerinnen und Schüler auf eine digitalisierte Welt und die Nutzung KI-gestützter Systeme vorbereiten. Künstliche Intelligenz kann jedoch keinen kategorischen Imperativ für sich beanspruchen, da sie weder über semantisches noch moralisches Verständnis verfügt. Aber selbst wenn sich viele Optionen für Unterrichten und Lernen bieten, so gilt dennoch stets der „Primat der Didaktik“ (Ute Schmid).

Gerhard Neff



Tagungsleiter Dr. Gero Kellermann (links) und Gerhard Neff im Gespräch zur Tagung.

Fotos: © Wanner (APB)

Zur Person

Gerhard Neff ist Stellvertretender Schulleiter der Fachoberschule Starnberg und hat an der Akademie ein Betriebspraktikum absolviert, das Lehrkräften an beruflichen Schulen die Vertiefung der Kenntnisse über betriebliche Abläufe, Strukturen und Prozesse in der sich stetig fortentwickelnden Arbeitswelt ermöglichen soll. Er begleitete dabei Akademiedozent Dr. Gero Kellermann bei dessen Tagungsprojekten, hier „KI im Bildungssystem“.

Linktipp

Korrigiert ChatGPT bald das Abitur?
bit.ly/ki-bildung





Mittelosteuropa und die EU

Im Populismus und Nationalismus geeint?

Seit Jahren wächst der Nationalismus in Europa. Egal ob Brexit, Geflüchtete, Sanktionspolitik gegenüber Russland oder Energiekrise: All diese Themen fördern nationalistische Rhetorik und verleihen Populisten Auftrieb.

© iStock/BBuilder

Mehr noch: So manche Mitgliedstaaten der Union entscheiden sich vermehrt für Alleingänge – und gegen den Unionsgeist. Nationale Reflexe haben Hochkonjunktur und werden vor rechtsstaatliche Grundsätze, vor gemeinsame Werte und vor vereinbarte Regeln der europäischen Gemeinschaft gestellt. Die europäische Idee der „Einheit in der Vielfalt“ scheint damit heute gefährdeter denn je.

Besonders die Entwicklungen in den Staaten Mittel Europas geben Anlass zur Sorge – seien es Justizreformen in Polen, Eingriffe in die Medienlandschaft in Ungarn oder der zunehmende populistische Gegenwind von sog. „Russlandverstehern“ nicht nur in den Gesellschaften der Visegrád-4-Staaten. Doch auch die Staaten Westeuropas sind vor dieser Entwicklung nicht gefeit. Denn auch hier haben nationalistische und populistische Umtriebe Konjunktur.

Im Rahmen unserer Veranstaltungsreihe „Fragen an Europa“ sind wir gemeinsam mit der Europäischen Akademie Bayern, der Bayerischen Landeszentrale für politische Bildungsarbeit und der Vertretung der Europäischen Kommission dieser Herausforderung für Europas Einheit nachgegangen:

in einer Debatte mit Zuzana Lizcová von der Karlsuniversität in Prag, dem Vorsitzenden des Europausschusses im Bayerischen Landtag Tobias Gotthardt und mit Kai-Olaf Lang von der Stiftung Wissenschaft und Politik in Berlin. „Der Populismus ist der betrunkene Gast in der feinen Gesellschaft“, zitiert Kai-Olaf Lang den Politikwissenschaftler Benjamin Arditi. Dieser betrunkene Gast respektiert keine Tischmanieren, spricht unangenehme Wahrheiten aus – und das auch noch viel zu laut. Und doch sitzt er mit den anderen Gästen am Tisch. Dieses Bild scheint die Herausforderungen perfekt zu treffen.

Vertikal und antipluralistisch

Populismus folgt nicht den klassischen politischen Linksrechts-Schemata, sondern bedient sich einer vertikal spaltenden Rhetorik. Seine Logik: wir, das Volk, unten gegen die abgehobenen, volksfernen Eliten oben. Insofern ist er flexibel und nicht an eine Ideologie gebunden. Und er ist nicht ein lediglich mittelosteuropäisches Phänomen, sondern eine in allen entwickelten Demokratien zu beobachtende Erscheinung. Seine besondere Gefahr liegt darin, dass er

durch den Alleinvertretungsanspruch des „wahren Volkes“ strikt antipluralistisch und damit antidemokratisch ist. Dennoch hat er demokratisch eine Funktion, u.a. da er zielgerichtet auf Missstände hinweist, die die Regierenden ignorieren (möchten). Dass gerade die jungen Demokratien in Mitteleuropa stark zu Populismus und Nationalismus tendieren, ist für Lang kein Zufall. Die Ursachen und Triebkräfte sind im Systemwechsel nach dem Fall des Eisernen Vorhangs und in der anschließenden Annäherung an die EU zu suchen.

- Letztere ist eine ständige asymmetrische Anpassung gewesen, bei der die östlichen Länder die Richtung nicht mitbestimmen konnten: Der Beitrittsprozess lief unter dem Modus, dass es keine Alternative gibt – weder zum Ziel der Westintegration, noch zu den „Brüsseler oder Berliner Vorgaben“.
- Hinzu kam in den Bevölkerungen der Eindruck einer fehlenden Gemeinwohlorientierung der Regierenden jenseits der Großziele des NATO- und EU-Beitritts auf, der zusätzlich oft durch persönliche Verfehlungen und Korruptionsskandale gestärkt wurde.
- Schließlich wurde die Bedeutung von gesellschaftlichen Gefühlslagen in der Politik lange Zeit verkannt: sei es der Eindruck, dass man immer wieder von außen gedemütigt werde – nach der überwundenen sowjetischen Fremdherrschaft jetzt vom Westen; oder seien es virulente Abstiegsängste, die sich zunehmend in der Mitte der Gesellschaften manifestierten, ohne von den Eliten aufgegriffen zu werden. Denn die höheren Selbstverwirklichungschancen der Bürgerinnen und Bürger in einer freiheitlichen Welt gehen auch mit einer höheren individuellen Selbstverantwortung und damit mit Möglichkeiten des Scheiterns einher.

Krisen und große Transformationen als Katalysator

Dieses Zusammenspiel von integrationspolitischen, soziokulturellen und -ökonomischen sowie emotionalen Faktoren bereitet den Nährboden für Populismus. Dazu, dass er dann auch seit den 2010er Jahren zu sprießen und letztlich zu wuchern begann, trugen bei:

- zum einen die kulminierende Enttäuschung, dass sich die lange gehegten Erwartungen an den Integrationsprozess für viele als illusorisch erwiesen haben – nämlich dass man als Teil des europäischen Binnenmarktes schnell westliche Kaufkraft und Lebensniveau erreichen würde;
- zum anderen Ungewissheiten und gesellschaftlichen Verunsicherungen infolge der großen

Transformationen aufgrund von Finanzkrise, Migration, Digitalisierung und Klimawandel;

- und das bei einem gleichzeitigen Unbehagen aufgrund der Entgrenzung von Lebenswelten und politischer Regelungsräume, zumal EU-Politik scheinbar weder überzeugende Antworten noch die ersehnte Orientierung lieferte.

(Trug-)Bilder einer neotraditionalistischen Modernisierung

Das entstehende Vakuum bietet in Verbindung mit der gesellschaftlichen Frustration Volksverführern und Nationalisten eine willkommene Bühne.

So schlägt der PiS-Vorsitzende Jarosław Kaczyński politisches Kapital, wenn er verspricht, den „Impossibilismus“ zu überwinden und, anstelle den Westen zu imitieren, einen eigenen Weg zu gehen. Es geht ihm – ähnlich wie dem Fidesz-Chef Viktor Orbán darum, einen nachholenden Systemwechsel zu verfolgen. Was sozialistische Reformer und Liberale 1989 bei ihrem „faulen Kompromiss“ am Runden Tisch verpasst haben, gehen die nationalkonservativen Regierungen nun an, so die eigene Argumentation. Im polnischen Fall proklamiert Ministerpräsident Mateusz Morawiecki: „Wir bauen einen konservativen Wohlfahrtsstaat auf“. Im ungarischen Fall spricht Premier Orbán mal vom Leitbild einer „illiberalen Demokratie“, mal einer „konservativen Konterrevolution“.

Man müsse der Dominanz des liberalen Universalismus etwas entgegensetzen: eben eine neotraditionalistische Modernisierung, die rückgebunden ist an klassische, traditionelle Werte und an „Ordnung“ – und bei der insofern Identitätspolitik eine eminente Rolle spielt.

Rechtsstaatlichkeit als fluide Kategorie

Indem sich in den östlichen Ländern Europas oft ein Demokratiebild herauskristallisiert hat, demzufolge die Mehrheit und mit ihr der „wahre Wille des Volkes“ Angelpunkt demokratischer Entscheidungen ist, gesellschaftlicher Ausgleich und Kompromisse hingegen als Zeichen der Schwäche gewertet werden, werden Eingriffe in die staatlichen Institutionen als legitim deklariert. Sei es die Entmachtung von Gerichten, seien es Eingriffe ins Mediensystem und in die Pressefreiheit, sei es die Anpassung von Wahlsystemen an eigene Stärken oder sei es die Einschränkung von Oppositionsrechten. Rechtsstaatlichkeit ist dabei eine fluide Kategorie. Denn Recht werde eben auf demokratischem Weg gesetzt. Es ist eine Frage der innerstaatlichen Ordnung und

damit der eigenen Verfassungsidentität. Daher sei Rechtsstaatlichkeit weder „europäisch“ definierbar noch seitens der EU sanktionierbar. Vielmehr müssten alle diesbezüglichen Verfahren als Einmischung in die innerstaatlichen Angelegenheiten gewertet werden, so u.a. die polnische und ungarische Sicht – und damit Stein des europäischen Anstoßes.

Gratwanderung des „Populismus der Mitte“

Im Gegensatz zu den Entwicklungen in Polen und Ungarn weist der Populismus in Tschechien eher moderate Züge auf. Es geht ihm weniger um den Umbau der Demokratie, als vielmehr um situative Stimmenmaximierung. Daher ist er inhaltlich wandelbar und durchaus pragmatisch. Folglich konnte man bei den ehemaligen Staatspräsidenten Václav Klaus (2003 bis 2013) und Miloš Zeman (2013 bis 2023) und noch mehr beim früheren Premierminister Andrej Babiš (2017 bis 2021) eine stete Gratwanderung beobachten:

- Einerseits bedienten sich alle drei einer antieuropäischen Stimmungsmache, welche ihnen als Vehikel für eigene Partikularinteressen und als politisches Mobilisierungsmoment diene.
- Andererseits pflegten sie die Einsicht in die (existenzielle) Notwendigkeit der Integration, vor allem mit Blick auf den Binnenmarkt und seine vier Grundfreiheiten.

Ihr Europaskeptizismus war insofern stets ein „Spiel mit dem Feuer“, das europapolitisch zwar für Irritation sorgte, Tschechien aber nicht isolierte.

„Prager Kaffeehaus“

Der entstandene Schaden ist vor allem innergesellschaftlicher Natur. Die „Populisten der Kneipe“, wie Kai-Olaf Lang Babiš und Zeman bezeichnet, schafften es, mit ihrer Rhetorik einen Keil tief in die tschechische Gesellschaft zu treiben:

- Auf der einen Seite die urbane Bevölkerung, vor allem in Prag, mit eher liberalen und kosmopolitischen Ansichten, welche Zeman als das realitätsferne, von den Sorgen der gewöhnlichen Bürgerinnen und Bürger abgehobene „Prager Kaffeehaus“ verunglimpfte.
- Auf der anderen Seite die Bevölkerung der ländlich geprägten, wirtschaftlich wie sozioökonomisch besonders herausgeforderten Regionen, die als Stimmenreservoir für Zeman und Babiš diene und durch deren Rhetorik in ihrem Selbstbild des von den Eliten vernachlässigten wahren Volkes bestärkt wurde.

Abgang der „Kneipenpopulisten“

Letztlich scheinen beide Populisten ihr politisches Glück überstrapaziert zu haben. Auch wenn Babiš, Euro-Milliardär und zugleich selbsterklärter Anwalt des kleinen Mannes, mit seiner politischen Bewegung ANO immer noch rund 30 Prozent Wählerpotenzial auf sich vereint und stärkste Kraft des Landes stellt, haben sein und Zemans „Spiel“ mit der gesellschaftlichen Polarisierung, ihre europapolitischen Eskapaden und (mutmaßlichen straf- bzw. verfassungsrechtlichen) Verfehlungen das politische Gegenlager vereint. Ergebnis ist ein antipopulistisches Momentum, welches bis heute anhält.

- Bei den Parlamentswahlen Ende 2021 unterlag Babiš einem liberalkonservativen politischen Block um den späteren Ministerpräsidenten Petr Fiala, dessen Fünfer-Koalition bei allem gesellschaftlichen Gegenwind ihre Reformagenda bedacht forciert und sich durch eine von außen als überraschend erfolgreich angesehene EU-Ratspräsidentschaft international Meriten verdient hat [s. anderer Tagungsbericht].

- Ebendieser Babiš musste sich bei den Präsidentschaftswahlen 2023 dem Ex-General und früheren Vorsitzenden des NATO-Militärausschusses Petr Pavel geschlagen geben. Wo sein Vorgänger Zeman oft mit kontroversen Äußerungen über Migranten, Muslime und Medien polarisierte und der Oligarch Babiš Kriegsängste schürte, überzeugte Pavel mit dem populismusfernen Motto „Kooperation, Anstand und normale Kommunikation“.

„Angetreten, um zu verlieren“

„Babiš ist angetreten, um zu verlieren“, ist sich Zuzana Lizcová sicher. Sein Wählerpotenzial war von Anfang an zu gering, um in einer Stichwahl die absolute Mehrheit auf sich zu vereinen. In einem Punkt sieht sie ihn dennoch als Gewinner: „Er nutzt das Medieninteresse und bringt sich für die nächsten Parlamentswahlen in Position.“ Auch dies ist durch und durch eine populistische Logik.

Vorerst aber kann sich Tschechien mit einem Abgesang der Populisten rühmen. Es bleibt die Herausforderung, wie sich die durch sie beförderten und weiterhin klaffenden gesellschaftlichen Brüche kitten lassen. Und es bleibt die Frage, ob bzw. wie dieser Abgesang auf die anderen Visegrád-4-Staaten ausstrahlt.

Auswirkungen auf die europäische Integration

Wie auch immer: Nationalistisch-populistische Konjunkturen in den Mitgliedstaaten der EU – sei es in Ost

(ANO, Fidesz, PiS, SMER, ...) oder West (AfD, Rassemblement National, ...), in Nord (Perussuomalaiset, Sverigedemokraterna, ...) oder Süd (Fratelli d'Italia, Syriza, ...) – wirken sich auf die Union als solche aus.

- Zum einen „exportieren populistische Akteure und Parteien ihren innenpolitischen Betriebsmodus auf die EU-Ebene: sei es auf die Bühne des Europäischen Parlaments, sei es in die Arena des Europäischen Rates und des Ministerrates“, so Lang.

- Zum anderen befördern sie in Europas Gesellschaften Europaskeptizismus und mit ihm Zweifel an Recht und Institutionen der EU: Trotz unterschiedlicher ideologischer Schwerpunkte und politischer Programmatiken eint populistische Nationalisten zumindest ein gemeinsames Merkmal: nämlich, dass sie gerade in der EU-Integration – als Projekt der abgehobenen, volksfernen Eliten – den eigentlichen Stein des Anstoßes sehen bzw. zu sehen behaupten.

Dies hat Folgen erstens für den europapolitischen Alltag, zweitens für die Richtung und Tiefe der europäischen Integration. Statt eines zunehmend illusorisch erscheinenden „Europa eines Jacques Dellors läuft es vielmehr auf ein Europa Charles de Gaulles hin“: d. h. weniger eine weitergehende Vertiefung, wie sie in den Europäischen Verträgen angelegt ist, als vielmehr die Ausrichtung am Konzept eines „Europa der Vaterländer“. Und es hat Folgen für die institutionellen Grundlagen der Union, da Populisten die Werte und Grundsätze als Basis der Zusammenarbeit unterminieren.

Verbreiterung politischer Korridore

Bei allen manifesten Auswirkungen des Populismus auf das europäische Gemeinschaftsprojekt: Der alleinige Fingerzeig auf Mittelosteuropa und die Visegrád-Staaten ist zum einen falsch, zum anderen kontraproduktiv: Falsch, weil der Populismus als globales Phänomen genauso in den westeuropäischen Staaten festgemacht werden kann. Kontraproduktiv, weil er die fatale Wahrnehmung der asymmetrischen Anpassung verstärkt, den Populisten dadurch Wind in die Segel bläst und die Gräben zwischen Ost und West vertieft.

Stattdessen müsse anerkannt werden, dass die nationalistisch-populistische Konjunktur trotz der unterschiedlichen Erscheinungsformen eine gesamt-europäische Herausforderung ist und auch gemeinsam bearbeitet werden müsse. Mit Blick auf Entscheidungsprozesse auf nationaler wie europäischer Ebene gelte es, „politische Korridore“ zu verbreitern: „Demokratie braucht Alternativen und sie braucht Wechsel“, so auch Kai-Olaf Lang. Und mit Blick auf den innereuropäischen Zusammenhalt und das

wechselseitige Lernen gelte es, den gemeinsamen Dialog und Austausch zu befördern, ohne vorschnell in Vorverurteilung verfallen. Gleichwohl können und müssen Missstände benannt, angeprangert und gegebenenfalls auch sanktioniert werden können – ohne aber selbst moralisierend oder besserwisserisch aufzutreten.

Vielfalt europäischer Leitideen

Dazu gehört die Einsicht, dass es durchaus unterschiedliche Leitideen der Integration gibt, und dass die deutsche bzw. westeuropäische Sicht nicht automatisch die wahre ist. „Deutschland hat nicht die Deutungshoheit, was proeuropäisch ist“, betont der Wissenschaftler. Denn auch der Bund betreibe interessengeleitete Europapolitik, wie Nord Stream, „Doppelwumms“ und die Reform des Abstimmungssystems in der EU zeigten. Tobias Gotthardt wünscht sich deshalb, dass Deutschland wieder ein Partner der Visegrád-Staaten und ein vertrauensvoller Anwalt kleiner Länder wird.“



Andreas Kalina



© iStock_Alcindo Dedavid



Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik: wirklich ein zahnloser Tiger?

© iStock/Axel Goehns

Welche Charakteristika würde eine glaubwürdige Europäische Union mit einem starken außen- und sicherheitspolitischen Profil aufweisen? Gehen wir für die Bewertung der Handlungsfähigkeit der EU in diesem Politikbereich von realistischen Kriterien und dem richtigen Erwartungshorizont aus? Diesen Fragen ist jüngst eine Tagung an der Akademie nachgegangen und das gemeinsam mit dem Jean-Monnet-Netzwerk RENPET und der International Association for the Study of German Politics.

Zweifelsohne ist die EU als internationaler Akteur in der Lage, ihre wirtschaftspolitischen und politischen Interessen global zu adressieren und auch durch zu

setzen. Die EU zeichnet aus, dass sie ihre Werte und Prinzipien, insbesondere die Achtung der Menschenrechte und die Förderung der Demokratie, auf der globalen Bühne unterstützt und schützt. Gleichwohl wird ihre politische Macht im Hinblick auf ihre Außen- und Sicherheitspolitik immer wieder in Frage gestellt, nicht zuletzt im Zuge aktueller Krisen wie dem Krieg in der Ukraine.

Eine handlungsfähige EU wäre politisch geeint und in der Lage, gemeinsam auf internationale, sicherheitspolitische Probleme wie den geopolitischen Folgen des Klimawandels, Armut und Unsicherheit etwa in den Ländern des globalen Südens zu reagieren und eine gemeinsame Fähigkeit zur Krisenbewältigung zu etablieren. Sie würde über die erforderlichen Fähigkeiten und Ressourcen verfügen, um effizient auf diese Krisen und Bedrohungen für die – menschliche – Sicherheit zu reagieren, sowohl innerhalb als auch außerhalb ihrer Grenzen, sowohl durch diplomatische als auch durch militärische Mittel, wenn notwendig. Eine handlungsfähige EU würde über eine starke und effektive Verteidigungs- und Sicherheitspolitik verfügen, die in der Lage wäre, die Interessen der Mitgliedstaaten zu schützen und gegebenenfalls zu verteidigen. So der Anspruch. Und oft fällt das Urteil eindeutig aus: Die EU kann diesen Anspruch nicht erfüllen.

Ein genauer Blick auf die vermeintlichen Begründungen für dieses Urteil zeigt, dass ihnen fehlerhafte Kriterien zugrunde liegen, gar die falschen Fragen bei der Bewertung berücksichtigt werden, wie Jost-Henrik Morgenstern-Pomorski (University of Birmingham) erklärte: Klassisch bedeutet Außenpolitik die Fähigkeit, Entscheidungen über Krieg oder Frieden zu treffen, internationale Verträge zu schließen, Entwicklungspolitik zu betreiben und über Streitkräfte zu verfügen. Die EU hat Rechtspersönlichkeit, ist demnach ein Völkerrechtssubjekt und als solches in der Lage, internationale Übereinkünfte eigenständig auszuhandeln und zu schließen. Und genau das tut sie in den verschiedenen Politikfeldern, auch und gerade in der Außenpolitik.

Dennoch wird ihr ein fehlendes globales Gewicht bescheinigt, und zwar auf Grundlage der durchaus berechtigten Forderung nach dem Aufbau eigener Verteidigungsfähigkeiten. An dieser Stelle jedoch fehlt die notwendige Differenzierung zwischen der Außenpolitik, der Sicherheits- und der Verteidigungspolitik. Der EU aufgrund fehlender Fähigkeiten im Verteidigungsbereich ihren außenpolitischen Einfluss als globalem Akteur abzusprechen, wird der Gesamtheit der EU Außenbeziehungen nicht gerecht, so Heidi Maurer (Jean-Monnet-Netzwerk RENPET). So kann die Europäische Union als Verbund souveräner Staaten nicht mit einem Militärbündnis wie der NATO gleichgesetzt werden, was jedoch oftmals geschieht. Beide internationalen Akteure – EU und NATO – erfüllen unterschiedliche Rollen im internationalen Gefüge. Außenpolitisch müssen sich die Mitgliedstaaten in der EU stets entlang des EU-Vertragswerkes hangeln, welches ihnen den außenpolitischen Kompetenzrahmen vorgibt. Dennoch ist kein Mitgliedstaat der EU für sich allein in der Lage, so zu handeln, wie es die EU 27 in ihrer Gesamtheit kann, so Kolja Raube (Leuven Centre for Global Governance Studies). Dies erfordere freilich ein hohes Maß an Kohärenz und führe unweigerlich zu längeren politischen Aushandlungsprozessen.

Externe Schocks und zunehmende „Brüsselisierung“

Die Integrationsgeschichte der Gemeinsamen EU Sicherheits- und Verteidigungspolitik folgte seit ihrer Gründung einem Muster, führte Eva Michaels (Institut Barcelona d'Estudis Internacionals Barcelona) aus: Jeder größere externe sicherheitspolitische Schock, etwa die Folgen der Kriege in den Balkanstaaten in den 1990er Jahren, der 11. September 2001 oder die völkerrechtswidrige Annexion der Krim 2014 führten zu einer Vertiefung der Integration in diesem Politikbereich. Und dieses Muster wandelte sich seit der Veröffentlichung der ersten Europäischen Sicherheitsstrategie 2003 zunehmend in einen Prozess der „Brüsselisierung“ europäischer

Sicherheitspolitik, ergänzte Heidi Maurer. Es sei deutlich erkennbar, dass die Mitgliedstaaten der EU dazu übergegangen sind, bei außen- und sicherheitspolitischen Entscheidungen sowohl die nationalstaatlichen Interessen abzuwiegen, diese aber zugleich mit den europäischen Interessen abzugleichen und zu harmonisieren. So sei über die Jahre ein komplexes Netzwerk zwischen den diplomatischen EU-Delegationen, den Mitgliedstaaten und den EU-Institutionen entstanden. Man könne sich dieses Netzwerk und ihre Subsysteme wie einen gemeinsamen Chor vorstellen: Unter der Direktion der EU-Institutionen sängen alle Mitgliedstaaten das gleiche Lied, wenngleich der ein oder andere interessengeleitet etwas schief singe. Deutlich zu erkennen war dies in der Geschlossenheit der Reaktion der EU auf den völkerrechtswidrigen Angriff auf die Ukraine 2022.

Erwartungshorizont

Gleichermaßen zeigt sich diese „Brüsselisierung“ auch anhand eines weiteren vermeintlichen Kritikpunktes: Die EU sei nicht strategiefähig oder könne keine gemeinsame Zielsetzung in der Außen- oder Sicherheitspolitik definieren. Nach einem längeren gemeinsamen Beratungsprozess der Mitgliedstaaten untereinander und unter Federführung der damaligen Hohen Vertreterin für Außen- und Sicherheitspolitik, Federica Mogherini, verabschiedeten die Mitgliedstaaten 2016 die Globale Strategie der EU. Dieses Papier beruhte nicht nur auf einer gemeinsamen Bedrohungsanalyse der Mitgliedstaaten, sondern definierte eine klare Zielsetzung: die EU wolle weiter zu einer glaubwürdigen EU wachsen, eine reaktionsfähige Sicherheits- und Verteidigungspolitik etablieren und zu koordiniertem Handeln in diesem Politikbereich gelangen, indem sie die Interoperabilität der unterschiedlichen Fähigkeiten herstellt und ressortübergreifend agiert.

Dieser Prozess mündete 2022 in der Verabschiedung des Strategischen Kompasses der EU mit ganz konkreten Projekten für die Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Beispielsweise umfasst die EU-Friedensfazilität zur Finanzierung außenpolitischer Maßnahmen mit militärischen oder verteidigungspolitischen Bezügen allein für die Unterstützung der Ukraine 3,6 Mrd. Euro. Ebenfalls ein neues Finanzierungsinstrument ist der Europäische Verteidigungsfonds zur Förderung von Kooperationen und grenzüberschreitender Zusammenarbeit in der Rüstungsindustrie mit Blick auf das mögliche Fernziel einer EU-Verteidigungsunion. Der Fond umfasst einen Rahmen von bis zu 8 Billionen Euro bis 2027 und wird aus unterschiedlichen Elementen finanziert, unter anderem aus Teilen des EU-Haushaltes, ein Novum in der Geschichte der EU Verteidigungspolitik.

Auch dem Instrument der Ständig Strukturierten Zusammenarbeit (PESCO) wird oft zu wenig Beachtung geschenkt. Es adressiert genau jene Zielvorgabe der Schaffung der Interoperabilität und umfasst mittlerweile 60 Projekte, an denen unterschiedliche Gruppen von Mitgliedstaaten beteiligt sind. So gibt es etwa ein „Cyber Rapid Response Teams and mutual Assistance in Cyber Security“-Projekt, welches darauf ausgerichtet ist, zu mehr Cyber Resilienz in der EU beizutragen. Wie wichtig dieses Projekt ist, zeigt der Umfang an sicherheitspolitischen Herausforderungen, die Brigadegeneral Rainer Simon aufzeigte: Moderne Sicherheits- und Verteidigungspolitik müsse in der Lage sein, potentielle Bedrohungen „multi-domain“ abzudecken. Das Gefechtsfeld der Zukunft sei geprägt durch die drei Charakteristika hyper, hybrid und total und das in fünf physischen Bereichen: Luft, Boden, Weltraum, Cyberspace und See. Notwendig bliebe es daher weiterhin, innerhalb der EU einen Krisenreaktionsmechanismus zu etablieren, der diesen Herausforderungen adäquat begegnen kann.

Dies ist jedenfalls die Aufgabenstellung für die weitere Ausgestaltung der EU Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Zugleich jedoch sollten die außenpolitischen Anstrengungen der EU mehr Wertschätzung erfahren, denn sie sind essentiell: Das Festhalten und politische Untermauern eines erweiterten Sicherheitsbegriffs,

der die Elemente feministischer Außenpolitik umfasst, der ebenfalls die Elemente eines positiven Friedens adressiert: die Bekämpfung von weltweiter Armut, struktureller Ungleichheit und Gewalt. Und der zugleich dazu beiträgt, die Folgen des Klimawandels und insgesamt die Vernetztheit der gegenwärtigen globalen Herausforderungen für die menschliche Sicherheit in ihrer Gesamtheit zu verstehen.



Anja Opitz



Linktipp

Hybride Kriegsführung im 21. Jahrhundert:
bit.ly/hybride-kriegsfuehrung




AKADEMIE FÜRS OHR

EPISODE 22:
 Die Macht der
 Ratingagenturen

MIT GIULIA MENNILLO

AKADEMIE FÜR POLITISCHE BILDUNG

Linktipp

Wer mehr über die Macht von Ratingagenturen erfahren möchte, kann unter dem Link in den Podcast Reinhören



Podcast #Episode 22:

Die Macht der Ratingagenturen

UBS hat die Schweizer Großbank Credit Suisse kurz vor der Insolvenz gerettet. Die Ratingagenturen sehen die Übernahme kritisch. Aber wer steckt hinter Ratingagenturen? Und warum ist ihre Arbeit so umstritten? Schon 2008 gaben Wissenschaft und Politik Standard & Poor's, Moody's und Fitch eine Mitschuld an der Banken- und Finanzkrise. Darauf haben die Big Three zwar

mit Transparenz und internen Umstrukturierungen reagiert, doch verstummt ist die Kritik an ihrem Geschäftsmodell nie. Wie Ratingagenturen arbeiten, warum es bis heute keine europäische Ratingagentur gibt und warum die Zukunft der Ratingagenturen nachhaltiger und chinesischer sein könnte, erklärt Giulia Mennillo, Ökonomin an der Akademie für Politische Bildung im Podcast „Akademie fürs Ohr“. Als Kurzinterview hier im Akademie-Report nachzulesen.

► WAS MACHEN RATING-AGENTUREN?

Beate Winterer: Was genau machen Ratingagenturen?

Giulia Mennillo: Ratingagenturen bewerten die Kreditwürdigkeit von Anleiheemittenten. Ein Emittent kann ein Staat sein, der sich auf den globalen Finanz- und Kapitalmärkten refinanziert, oder auch ein Unternehmen. Ratings sind Bewertungen, fundierte Meinungen, Urteile über die Aussicht eines Emittenten, seine Schulden rechtzeitig und in Gänze zurückzahlen.

► RATINGAGENTUREN ALS US-AMERIKANISCHE PRIVAT-UNTERNEHMEN

Winterer: Ratingagenturen sind jetzt aber keine staatlich finanzierten oder öffentlichen Institutionen wie zum Beispiel die Zentralbanken oder auch die Bankenaufsicht. Wer oder was steckt denn dann hinter Ratingagenturen?

Mennillo: Ratingagenturen sind keine öffentlichen Unternehmen, sondern sind private Unternehmen mit Sitz in den USA. Sie erfüllen eine regulatorische Funktion. Ohne Ratings kann ein moderner Kapitalmarkt nicht funktionieren.

► S&P, MOODY'S, FITCH: DIE WICHTIGSTEN RATINGAGENTUREN

Winterer: Wie viele relevante Ratingagenturen gibt es und wie unterscheiden sich diese voneinander?

Mennillo: Also es gibt drei marktbeherrschende große Agenturen, die sogenannten „Big Three“: Standard and Poor's, Moody's und Fitch. Über die vielen Finanzkrisen hinweg hat sich das Oligopol als resilient erwiesen.

► RATINGSSKALEN: INVESTMENT GRADE UND NON-INVESTMENT GRADE

Winterer: Die Ratingstufen unterscheiden sich bei den Anbietern leicht. Grundsätzlich kann man aber sagen, dass AAA das Beste ist und die Skala endet bei C oder D als schlechtesten Wert. Ab welchem Skalenwert würdest du als Ökonomin denn jetzt sagen, wird es kritisch?

Mennillo: Die Ratingskala ist eine ordinale und relative Skala, die in der Mitte geteilt werden kann. Finanzprodukte, die in der oberen Hälfte bewertet sind, bezeichnet man im Fachjargon als „investment grade“ und gelten als besonders kreditwürdig. Pensionsfonds, institutionelle Investoren halten in der Regel genau diese investment-grade-Papiere. Die untere Hälfte umfasst den sogenannten spekulativen oder „non-investment grade“ Bereich. Auch staatliche Regularien beziehen sich oft auf diese Grenze. Die Halbierung der Ratingskala hat weitreichende Effekte in Bezug auf die Handelbarkeit von Finanzprodukten auf den Märkten und somit auf die Refinanzierungsmöglichkeiten von Emittenten. Dies ist ein gutes Beispiel für die Wirkmächtigkeit der Agenturbewertungen. 🏛️



Buchtipps

Giulia Mennillo:
Credit Rating Agencies,
Agenda Publishing, 152 Seiten,
ISBN: 978-1-78821-193-2



Endlich entspannt?!

Tschechien und Deutschland in Europa

Tschechien gilt vielen Deutschen als unscheinbarer Nachbar. Für gewöhnlich scheint die tschechische Politik jenseits der Staatsgrenzen geräuschlos. Jedenfalls verläuft sie unterhalb der Aufmerksamkeitsschwelle des politischen Auftretens eines Viktor Orbán und Jarosław Kaczyński.

Und auch europapolitisch ist sie eher durch Unauffälligkeit geprägt – zumal Tschechien Unionsentscheidungen mehr abzuwarten und dann zu verwalten scheint, als dass es bisher selbst einen wahrnehmbaren Gestaltungswillen bezüglich des gemeinsamen europäischen Hauses an den Tag legte.

Ähnliches gilt für Tschechiens Wirtschaft, die im Schatten Deutschlands seit Jahren rund läuft. Überhaupt: Seitdem die Traumata der Vergangenheit weniger von Politikern und Diplomaten als von Historikern behandelt werden, haben die deutsch-tschechischen Beziehungen ihre frühere Emotionalität überwunden, so eine These unserer gemeinsam mit dem Adalbert Stifter Verein und den Tschechischen Zentren Berlin und München

veranstalteten Konferenz. Für Peter Lange, ehemaligen ARD-Korrespondenten in Prag und Chefredakteur bei Deutschlandradio Kultur, ist diese Nichtwahrnehmung Tschechiens in der medialen Berichterstattung Beleg dafür, dass der östliche Nachbar „ein ganz normales europäisches Land“ geworden ist. Allerdings täuscht die Unscheinbarkeit über die wechselseitige enge Verflechtung hinweg: Tschechien und Deutschland teilen sich nicht nur einen relevanten Teil ihrer Historie, sondern auch den längsten Abschnitt ihrer jeweiligen Außengrenzen. Sie sind bis heute nicht nur durch das deutschböhmische Kulturerbe verbunden, sondern auch durch den intensiven Austausch der beiden Kulturen. Wirtschaftlich ist die Bundesrepublik der größte Handelspartner Tschechiens und auch umgekehrt gehört der kleine Nachbar zu den Top Eleven der Partner Deutschlands. Und es ließe sich so fortfahren.

Für Robert Luft, Vorsitzender der Historischen Kommission für die böhmischen Länder, ist somit Deutschland für Tschechien wieder geworden, was es bis zum Zweiten Weltkrieg gewesen ist: „ein Alltagsland, auch wenn es nicht so stark im öffentlichen Bewusstsein widerspiegelt wird“. Diese Verflechtung und vor allem die gegenwärtige Häufung von Jubiläen und Ereignissen geben Anlass, Licht auf Tschechien, sein europapolitisches Selbstverständnis sowie die gemeinsamen deutsch-tschechischen Beziehungen zu richten. Nicht



Auf dem Podium diskutierten miteinander und mit den Teilnehmenden der Tagung: Tomáš Jelínek, Ko-Geschäftsführer des Deutsch-Tschechischen Zukunftsfonds (v. links); Michaela Marksová-Tominová, die frühere tschechische Arbeits- und Sozialministerin und stellvertretende Außenministerin; Andreas Kalina, Dozent der Akademie; Zuzana Lízová vom Institut für Internationale Studien an der Karlsuniversität und Franz Maget, ehemaliger bayerischer Oppositionsführer.

© Maier (APB)

nur jährt sich 2023 zum 30. Mal das Bestehen der eigenständigen Tschechischen Republik. Vielmehr wurden im vergangenen Jahr auch der 25. Jahrestag der Deutsch-Tschechischen Erklärung sowie 30 Jahre Deutsch-tschechoslowakischer Nachbarschaftsvertrag gefeiert. Schließlich machte Tschechien auch europapolitisch durch die Übernahme der EU-Ratspräsidentschaft auf sich aufmerksam.

Historische Hypothek ...

Gerade die Qualität des deutsch-tschechischen Verhältnisses ist für Tschechiens „Rückkehr nach Europa“ nach der Samtenen Revolution von 1989 ein entscheidender Faktor. Denn wo man auf kultureller und wirtschaftlicher Ebene seit dem Fall des Eisernen Vorhangs eine stetige Intensivierung der Beziehungen beobachten konnte, herrschte auf politischer Ebene – vor allem bei den bayerisch-böhmischen Beziehungen – bis in die 2010er Jahre mitunter eine „Eiszeit“.

Hauptgrund waren die scheinbar unvereinbaren Perspektiven auf die Situation der Sudetendeutschen während der sog. Ersten Republik von 1918 bis 1938 sowie auf deren Vertreibung nach Kriegsende auf der einen Seite und auf die an Tschechen und Slowaken verübten Verbrechen während der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft auf der anderen Seite – und damit der

Streit über die „eigentlichen Erleider“ der historischen Traumata. Da diese Themen um das wechselseitige Leid in beiden Öffentlichkeiten stark negativ resonierten, wurde eine Annäherung seitens politischer Entscheidungsträger im besseren Fall sehr verhalten angestrebt. Im schlechteren Fall wurden die Themen gar instrumentalisiert, um kurzfristig politische Punkte auf Kosten einer langfristigen Verständigung zu erzielen. Der ehemalige bayerische Oppositionsführer Franz Maget etwa bezeichnet es als „äußerst betrüblich“, dass Ministerpräsident Edmund Stoiber in seiner 14-jährigen Amtszeit Tschechien nie offiziell besucht habe.

... und eine neue Zeitrechnung

Durch den in Politik und Gesellschaft erfolgten Generationenwechsel, aber auch durch die fortschreitende historische Aufarbeitung können heute schmerzhafteste Themen der geteilten Historie debattiert werden, ohne dass sie Leidenschaften weckten, so auch der Literaturhistoriker und Vorsitzende des Adalbert Stifter Vereins Peter Becher. Sie werden vielmehr entspannt betrachtet und zunehmend auch gemeinsam entdeckt. Die frühere tschechische Arbeits- und Sozialministerin und stellvertretende Außenministerin Michaela Marksová-Tominová führte in diesem Zusammenhang vielfältige aktuelle Publikationen und Projekte auf, die in Tschechien die Gräueltaten und

Vergehen an den Sudetendeutschen kritisch beleuchten. Für Tomáš Jelínek, Ko-Geschäftsführer des Deutsch-Tschechischen Zukunftsfonds, ist die „sudetendeutsche Frage im tschechischen Diskurs nicht mehr als antideutsche Frage aktivierbar.“ Und Maget ergänzt, dass umgekehrt aus westlicher Sicht die gegenwärtigen bayerisch-tschechischen Beziehungen nicht mehr unter den belastenden Aspekt der Beneš-Dekrete gestellt würden. Vielmehr sind sich alle drei einig, dass die wechselseitigen Beziehungen heute eine „Erfolgsstory“ darstellen. Dennoch ist Verbesserungspotenzial vorhanden, wie Tobias Gotthardt, Vorsitzender des Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen im Bayerischen Landtag ausführt: „Politische Spitzenbesuche sind gut – aber wir müssen vor allem auch Alltagsbesuche auf der Arbeitsebene hinbekommen: den ganz natürlichen Austausch, um gemeinsam Lösungen für aktuelle Herausforderungen zu entwickeln.“ Ähnlich argumentiert auch Maget, wenn er fordert, dass die bayerisch-tschechischen Beziehungen ins Wahlprogramm bei der Landtagswahl gehören.

Gemeinsamer Blick in die Zukunft ...

Indem historische Themen aus dem politischen Alltag gewichen sind, sieht Zuzana Lizcová vom Institut für Internationale Studien an der Karlsuniversität Freiraum für die Behandlung aktueller und vor allem zukunftsorientierter Herausforderungen: etwa Digitalisierung, die Entwicklung von Smart Cities oder auch Projekte des Umwelt- und Klimaschutzes. Und ähnlich unterstreicht es Helena Truchlá, Journalistin und Analytikerin beim Meinungsforschungsinstitut STEM: „Ebenso wie eine offene Vergangenheitsbewältigung ist es heute unbedingt erforderlich, die gegenwärtigen Herausforderungen zu verstehen, gestalten und die Zukunft vorzubereiten – und dafür bietet sich ein konstruktiver deutsch-tschechischer Dialog an“.

... aber unterschiedliche gesellschaftliche Entwicklung

Ein intensivierter Dialog sei mit Peter Lange auch schon daher wünschenswert, damit beide Gesellschaften schneller zusammenfinden. Jahrzehnte lang haben sich BRD und Tschechoslowakei auf unterschiedlichen Seiten des Eisernen Vorhangs befunden, damit unterschiedliche Entwicklungen durchlaufen und diametrale Freiheits- und Selbstverwirklichungschancen erlebt. Eine Konsequenz ist, dass gewisse gesellschaftliche Debatten in Tschechien gegenüber den westlichen EU-Staaten mit 30 Jahren Verzug ablaufen: wenn es etwa um postmaterialistische Werte geht, um Klima- und Umweltschutz oder auch um Fragen der Migration und Integration. Überall hier hat sich ein anderes gesellschaftliches Bewusstsein ausgebildet, das bis heute

die Verständigung erschwert. Vonnöten ist ein Verständnis für die Positionen des jeweils anderen. Dazu gehört einerseits das Bewusstsein und die Akzeptanz, dass die eine Gesellschaft in bestimmten Bereichen noch einen Nachholprozess durchlaufen muss, und andererseits auch die Reflexion, ob sich die eigene Gesellschaft tatsächlich überall in die „richtige“ Richtung entwickelt hat.

Für solche Verständigungsprozesse ist mit der Journalistin und Publizistin Lída Rakušanová auf beiden Seiten interkulturelle Kompetenz essentiell. Und wenn auch markante Fortschritte – vor allem in den Regionen entlang der gemeinsamen Grenze – zu verbuchen sind, sollten hier Anstrengungen verstetigt werden. Schlagworte sind: Kulturaustausch, gemeinsame zivilgesellschaftliche Projekte, Sprachenerwerb sowie Kooperation und Austausch in Schule und Bildungswesen. In all diesen Bereichen haben sich insbesondere die Covid-19-Pandemie und mit ihr die Lockdowns und Reisebeschränkungen als Rückschläge erwiesen. Sie haben viele gemeinsame Initiativen und Projekte ausgebremst, Begegnungen verunmöglicht und manche Kontakte gar zum Erliegen gebracht, erklärt Lucie Tarabová, Direktorin von Tandem – Koordinierungszentrum Deutsch-Tschechischer Jugendaustausch. Ebenso rückläufig ist die Zahl der Schulpartnerschaften – und die Tatsache, dass an bayerischen Universitäten lediglich rund 400 Tschechinnen und Tschechen studierten, mit Franz Maget geradezu ein Armutszeugnis.

Förderung von Zweisprachigkeit und Zivilgesellschaft

Denn auch in einer Zeit, in der Englisch zur weltweiten Verkehrssprache avanciert ist, dürfe die deutsch-tschechische Sprachkompetenz nicht aus den Augen verloren werden. „Englisch reicht uns für eine gute Nachbarschaft nicht aus“, zeigt sich der frühere Hauptmann der Region Südböhmen Jan Zahradník überzeugt. Für die Qualität der gemeinsamen Beziehungen habe sich auch historisch die Zweisprachigkeit als zentral erwiesen, zumal sie als Basis für gemeinsamen Austausch und Ausgleich fungiert(e), so Peter Becher. Umgekehrt haben Phasen der Einsprachigkeit auf beiden Seiten Nationalismus und mit ihm Polarisierung befördert: vor allem auch in den historisch kritischen Jahren 1918 bis 1938/45. Überhaupt florierte der böhmische Raum in den Zeiten, in denen seine sprachliche und kulturelle Durchmischung als sein Wesensmerkmal akzeptiert worden ist, stellt Tanja Krombach, stellvertretende Direktorin des Deutschen Kulturforums östliches Europa, fest. Diese „Durchmischung“ ist in den Grenzregionen zu großen Teilen wieder Alltag geworden, wobei sich deutliche Unterschiede zur Situation und Wahrnehmung im jeweiligen Landesinnern abzeichnen: „Wo sich in den Grenzregionen die Menschen in- und

auswendig kennen, herrschen im Inland beider Länder noch verzerrte Bilder über die Nachbarn vor“, beobachtet Rakušanová. Mithin sei es erforderlich, grundsätzlich das Wissen übereinander auszubauen und auch die Kommunikation zwischen den Grenzregionen und den jeweiligen politischen Zentren zu stärken, so die Leiterin des Centrums Bavaria Bohemia Veronika Hofinger. Dazu gehört auch, dass Grenzgebiete insbesondere in der Post-Corona-Zeit nicht aus dem Fokus der Regierungen in Prag, Berlin aber auch in München geraten. Mehr denn je gelte es hier, gezielt zivilgesellschaftliche Strukturen und Projekte zu fördern, die grenzüberschreitend ausgerichtet sind, ist auch Kaspar Sammer, Geschäftsführer der EUREGIO Bayerischer Wald-Böhmerwald-Unterer Inn, überzeugt. Denn nur so lässt sich eine gemeinsame Gesprächs- und Diskurskultur nachhaltig verankern, die wesentlicher Unterbau eines bereichernden, gemeinsamen Lebensraums ist, fügt Hofinger hinzu.

„Lebensader für bayerische Industrie“

Wo ein geteilter deutsch-tschechischer Kultur- und Lebensraum sich noch im Entwickeln befindet, hat sich mit dem Hauptgeschäftsführer von vbw – Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft, Bertram Brossardt, längst ein gemeinsamer Wirtschaftsraum etabliert: „Nicht nur gibt die Entwicklungsdynamik des Nachbarlands Bayern positive Impulse. Vielmehr sind heute – in einer Zeit, in der Nearshoring zentraler Faktor für Resilienz ist – tschechische Lieferketten zur Lebensader für die bayerische Industrie geworden,“ so Brossardt. Heute seien Bayern und Böhmen ökonomisch gesehen ein nicht mehr trennbares Gespann, was mit René Harun, stellvertretender Geschäftsführer der Deutsch-Tschechischen Industrie- und Handelskammer, auch für die deutsch-tschechischen Wirtschaftsbeziehungen insgesamt gilt:

- In der Außenwirtschaft ist Tschechien ein Schwerpunkt für Deutschland geworden, zumal der Außenhandelsumsatz mit 97 Milliarden Euro etwa die Hälfte des deutsch-amerikanischen Handelsvolumens ausmacht.
- Bayern macht mit knapp 23 Milliarden Euro dabei fast ein Viertel des deutsch-tschechischen Handels aus.
- Aus tschechischer Sicht werden umgekehrt 30 Prozent des gesamten Außenhandels mit Deutschland abgewickelt.

17. deutsches Land ...

Aus ökonomischer Perspektive könnte Tschechien insofern durchaus als eines von 17 deutschen Ländern gesehen werden, so Harun augenzwinkernd. Insgesamt ist es jedenfalls als Exportland zu einer der vielfältigsten Volkswirtschaften der Welt aufgestiegen,

führt Harun weiter aus. Dazu trägt auch bei, dass es nicht mehr die „verlängerte Werkbank Deutschlands“ ist, sondern ein „echter Innovationsstandort, von dem Deutschland beispielsweise bei Digitalisierung, Industrie 4.0 oder auch Nanotechnologie lernen [könne]“. Seine Vorteile und mit ihnen seine Attraktivität liegen neben der hohen Industriekompetenz in einer industrienahen Tech-Startup-Szene sowie in der guten Ausbildung. Aktuelle Herausforderungen sind Nachhaltigkeit, Kreislaufwirtschaft und vor allem ein Fachkräftemangel, der zunehmend zum Entwicklungshemmnis wird.

... oder eine „mitteleuropäische Schweiz“?

Wohin soll die Reise in Tschechien weitergehen? Für die Zukunft orientiert sich laut demoskopischen Untersuchungen die Mehrheit der Tschechen an dem „Sehnsuchtsbild einer mitteleuropäischen Schweiz“, so Truchlá. Indem dieses Bild jedoch mit den wahrgenommenen Realitäten kollidiert, produziert es in Teilen der Gesellschaft Frustrationen. Zum einen liegen Kaufkraft und materieller Wohlstand des Durchschnittsbürgers – trotz Transformation und einer beeindruckenden wirtschaftlichen Aufholjagd – noch Welten hinter denen der Eidgenossen. Zum anderen wird dieses Sehnsuchtsbild durch die weitverbreitete, auf Missverständnissen, aber auch auf politischer Instrumentalisierung gründende Wahrnehmung der Europäischen Union als „Fremdherrschaft aus Brüssel“ getrübt. Lizcová unterstreicht hier allerdings, dass sich die Abneigung vorrangig gegen die EU als politische Struktur richtet, nicht aber gegen die europäischen Werte. Schließlich seien die Tschechen insofern Pragmatiker, dass sie bei allen Klagen die EU-Mitgliedschaft nicht aufs Spiel setzen möchten – ausgenommen die Anhänger extremistischer politischer Kräfte.

Mit Blick auf die tschechische Bevölkerung heißt es nach Lizcová in Zahlen:

- Rund 30 Prozent der Tschechinnen und Tschechen sind proeuropäisch und proatlantisch eingestellt und sprechen sich dezidiert für die Mitgliedschaft in der EU und NATO aus.
- Bei 66 Prozent überwiegt ein EU-Skeptizismus, wobei sie sich für Tschechien (nach Beendigung der russischen Aggression) eine „Brückenfunktion“ zwischen den westlichen EU-Staaten und dem europäischen Osten wünschen würden.
- Vier Prozent hingegen zeigen sich EU-feindlich und würden eine politische Orientierung Richtung Osten präferieren.

Positive Bilanz der Ratspräsidentschaft

Es mag paradox klingen, doch gerade diese Reserviertheit gegenüber der EU – gepaart mit dem pragmatischen Blick – hat sich letztlich als Grundstock für eine von außen als gelungen wahrgenommene tschechische EU-Ratspräsidentschaft im zweiten Halbjahr 2022 erwiesen. Aufgrund des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine und der damit einhergehenden Energiekrise mit ihren Konsequenzen für Wirtschaft und Haushalte seien „die Anstrengungen der Ratspräsidentschaft zu 90 Prozent auf Krisenmanagement entfallen“, so die Einschätzung von Jakub Eberle, Forschungsdirektor am Prager Institut für Internationale Beziehungen. Starke Konzepte sind auf einen Schlag irrelevant geworden. Dies kam der liberal-konservativen Koalition unter Petr Fiala insofern entgegen, da sie die Amtsgeschäfte erst Ende 2021 vom populistischen Amtsvorgänger Andrej Babiš übernommen hat, dessen Regierung die konzeptionelle Vorbereitung auf die Ratspräsidentschaft vernachlässigt hat. Mit der Invasion am 24. Februar 2022 war dieses Manko obsolet geworden. Stattdessen zeigte sich die Stärke der tschechischen Diplomatie und Politik bei der sachlichen Konfliktbearbeitung, so auch Volker Weichsel, Redakteur der Zeitschrift Osteuropa.

Tschechiens nicht nur geografische Mittellage in Europa schafft Potenzial für eine europapolitische Moderationsrolle.

- An der politischen Nahtstelle zwischen West- und Osteuropa vermag es Konflikte zwischen den älteren westlichen und den jungen östlichen Mitgliedstaaten entschärfen. Denn bei aller Skepsis gegenüber größeren Integrationsschritten vermag es – im Gegensatz zu Polen und Ungarn – durchaus versöhnliche europapolitische Töne anzustimmen und dabei den westeuropäischen Partnern die Interessen Mittel- und Osteuropas konstruktiv zu erläutern. Dieser Mittelweg zwischen europäischer Verflechtung und Distanz schafft Freiraum für Kompromissauslotung.
- Zudem kann es als flächen- und bevölkerungsmäßig sowie ökonomisch mittelgroßes Land durchaus glaubwürdig zwischen den Interessenlagen von EU-Großmächten auf der einen Seite und den kleinen Mitgliedsländern auf der anderen Seite vermitteln.
- Und nicht zuletzt führt die längere innenpolitische Tradition zur Formierung von Koalitionen über das gesamte Spektrum der politischen Mitte dazu, dass tschechische Regierungen programmatisch breit ausgerichtet sind und daher mehr pragmatisch denn ideologisch agieren. Daher finden liberale, konservative wie wohlfahrtsstaatliche Positionen regelmäßig gleichermaßen Resonanz und die Regierungen zeigen sich insgesamt zugänglich für breite Kompromisse.

Erfolge trotz oder wegen der eigenen Skepsis

Dieses „Potenzials der Mitte“ hat sich die Regierung Fiala während der Präsidentschaft unter dem Strich mit Bravour angenommen. Einerseits ist sie sehr pragmatisch mit den europaskeptischen Anleihen vor allem in der ODS als der größten Koalitionspartei umgegangen. Andererseits hat sie mit der entschiedenen Unterstützung der Ukraine und dem Eintreten für eine ökonomische und energetische Resilienz der EU nicht nur klare Prioritäten an den Tag gelegt, sondern auch Ergebnisse geliefert, so Eberle.

Zu den weiteren Errungenschaften der Ratspräsidentschaft zählt u. a., dass gerade das klimapolitisch verhaltene Tschechien den Fit for 55-Paket zur Reduzierung der Emissionen vorgebracht und das Rechtsstaatsverfahren mit Ungarn forciert hat; oder dass es trotz wachsender Vorbehalte eine Verschärfung der EU-Sanktionspolitik gegen Russland durchgesetzt und mit dem EU-Westbalkangipfel konkrete Integrationsfortschritte für Südosteuropa erreicht hat. „Den wohl größten Erfolg erzielte Prag daheim: Medien und Bürger befassten sich ernsthaft mit EU-Fragen. Eine willkommene Wende in einem Land, das zuvor zu den Europa-skeptischsten gehörte“, so Milan Nic von der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik im Tagesspiegel.

Endlich entspannt!

Insofern mag es heute nicht mehr erstaunen, wenn Viktoria Großmann, Redakteurin bei der Süddeutschen Zeitung für Mittelosteuropa und Korrespondentin aus Warschau, konstatiert: „Wenn man sich mit Polen beschäftigt und dann mit Tschechien, senkt sich die Herzfrequenz.“ Ähnliches stellt auch Hofinger bezüglich der deutsch-tschechischen Beziehungen fest: „Diese haben sich in den letzten Jahren entspannt. Aber Entspannung ist kein Grund, sich zurückzulehnen.“ Vielmehr gilt es, das Erreichte zu stabilisieren, zu nutzen und weiter auszubauen. Denn auch funktionierende Beziehungen müssen gehegt und gepflegt werden.



Andreas Kalina

Linktipp

Die Entwicklung der deutsch-tschechischen Nachbarschaft: bit.ly/deutschland-tschechien



Der Staat und die Krisen

Forum Verfassungspolitik über die Staatsaufgabe Sicherheit

© iStock/rootstocks

Die derzeitigen weltweiten Krisen verändern die internationale Ordnung und den privaten Alltag: gestiegene Kosten für die Lebensführung, spürbare Auswirkungen der Klimaveränderung, offenkundig werdende Verletzbarkeiten zentraler Infrastrukturen. Worin liegt die „Staatsaufgabe Sicherheit“ angesichts der Risiken genau?

Es ist genuine Aufgabe des Staates, für Sicherheit zu sorgen. Doch wann obliegt es dem Staat zu handeln, wem obliegt es über den Staat hinaus, für Sicherheit zu

sorgen, und wie wird Sicherheit in Krisenzeiten in einem freiheitlichen Staat organisiert? Diese Fragen behandelte das Forum Verfassungspolitik der Akademie für Politische Bildung. Es handelt sich dabei um eine jährliche Kooperation der Akademie mit dem ehemaligen Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts Hans-Jürgen Papier. Papier erinnerte angesichts der derzeitigen Krisenherausforderungen an die Grundlagen des Staates, seine Aufgaben und Zwecke: Der moderne Verfassungsstaat westlicher Prägung ist aus dem Wandel des absolutistischen Staates zum Rechtsstaat hervorgegangen – und hat die Sicherungszwecke des Staates eindrucksvoll weiterentwickelt.

Neuartige Aufgaben

Papier schilderte, wie der Staat der Neuzeit auf die Sicherheit der Menschen gegenüber äußeren Gefahren und der Gewalt der Mitmenschen blickte. Als liberaler Staat schützte er mit den



Charlotte Kreuter-Kirchhoff über Klimarecht

Fotos: © Ritterbach Ciuró (APB)

Menschen- und Bürgerrechten zudem vor staatlicher Unterdrückung. Auf einer weiteren Entwicklungsstufe nahm er auch das Verlangen nach sozialer Sicherheit auf und wandelte sich vom liberalen zum sozialen Rechtsstaat. Dazu treten heute weitere neuartige Aufgaben, wie der Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen der Menschen, wie Papier ausführte. Auf dieser Grundlage blickte das Forum Verfassungspolitik auf die aktuellen Probleme der Politik beim Sozialen, bei der Verteidigung, der Gesundheit, dem Klimaschutz, der digitalen Sicherheit und der Energieversorgung.

Angst vor sozialer Eruption begründet?

Heinrich Wefing, Leiter des Ressorts Politik der Wochenzeitung „DIE ZEIT“, berichtete von dem spürbar schwierigen Gefühlshaushalt der wichtigsten Politikerinnen und Politikern im Lande angesichts der Gasmangellage kurz vor Beginn des vergangenen Winters. Die größte Bedrohung von ihnen sei in einer sozialen Eruption gesehen worden, mit allen Folgeerscheinungen wie wahrscheinlichen Zugewinnen populistischer Parteien. Wenn man den Politikern der Ampel die Frage gestellt hätte: „Was ist die Aufgabe des sozialen Rechtsstaats in Krisenzeiten?“, dann wäre die Antwort ziemlich eindeutig ausgefallen: Die soziale Ruhe zu bewahren, koste es was es wolle. Und das sei relativ wörtlich gemeint: Das Land wird mit Geld zugeschüttet in der Hoffnung, dass niemand die Nerven verliert, beschrieb er. Man muss aber auch darüber sprechen, ob die ökonomischen Daten solch düsteren Prognosen rechtfertigen und ob man Furcht und Unsicherheit nicht auch herbeireden kann, sagte Wefing.

Ansonsten keine Zeitenwende

Der Politikwissenschaftler Carlo Masala von der Universität der Bundeswehr München widmete sich der „Staatsaufgabe Verteidigung“. „Demokratien führen wenige Kriege“, sagte er. Käme es jedoch dazu, sei der Prozess hochkompliziert. So war die Bundeswehr nie als unilateral gedacht gewesen – und nie kriegsfähig, analysierte Masala. Sie sei als Friedensarmee zur Abschreckung, nicht als Armee im Krieg konzipiert. Dies habe zu einer bürokratischen Trägheit geführt. Bei den Diskussionen über die „Zeitenwende“ müsse man auch über die Strukturen des ganzen Systems der Sicherheits- und Verteidigungspolitik sprechen. „Ansonsten werden wir keine Zeitenwende bekommen“, sagte Masala. Der Staatsaufgabe „Sicherung von Gesundheit und Gesundheitsversorgung“ war Thema des Bayerischen Gesundheitsministers Klaus Holetschek. Es sei wichtig, aus der Pandemie Lehren zu ziehen, was uns für die Zukunft zu bewegen hat – im Detail und auch im Großen und Ganzen. Es gäbe aber darüber hinaus noch etliches zu diskutieren.

Angesichts der verwobenen Zuständigkeiten sei es eine zentrale Frage, wer mit welchen Hebeln etwas ändern kann und wer wofür verantwortlich ist. Deshalb müssten wir jetzt einen Gesamtblick auf dieses System wagen, sagte Holetschek. Es ginge um große Reformen, die anzugehen sind. Dazu gehörten zum Beispiel die Krankenhausfinanzierung und das Fallpauschalensystem. Auch beim Thema Pflegeversicherung stünden wir vor Riesenherausforderungen. Die Würde des Menschen aus Artikel 1 GG sei das stärkste Signal für die Gesundheitspolitik und für die Planung der Pflege der Zukunft. Handlungspflichten des Staates ergeben sich auch aus dem Klima-Beschluss des Bundesverfassungsgerichts, nämlich Leben und Gesundheit vor den Gefahren des Klimawandels zu schützen, sagte Holetschek. Näher auf das Thema Klimaschutz im Kontext der Staatsaufgabe



ZEIT-Journalist Heinrich Wefing (links) und Hans-Jürgen Papier auf dem Podium



Klaus Holetschek (re.) und Moderator
Gero Kellermann über Staatsaufgabe Gesundheit

„Sicherung der Lebensgrundlagen“ ging Charlotte Kreuter-Kirchhof ein. Sie ist Direktorin des Düsseldorfer Instituts für Energierecht (DIER).

Inkonsistenzen im Klimarecht

Zurzeit ringen wir um eine verlässliche Situation zur Energieversorgung. Ist es da gerechtfertigt, über Klimaschutz zu sprechen? Ja, antwortete Kreuter-Kirchhof. Sie verwies dabei auf das „energiepolitische Zieldreieck“ aus Versorgungssicherheit, Wirtschaftlichkeit und Klima- und Umweltschutz. Kreuter-Kirchhof machte das Ineinandergreifen von internationalem und nationalem Recht anhand des Pariser Klimaschutzabkommens, der Drei-Säulen-Strategie der Europäischen Union und des deutschen Klimaschutzgesetzes deutlich. Dabei käme es auch zu Inkonsistenzen: So suggeriere das deutsche Gesetz eine Pfad- und Planungssicherheit für die nächsten zwei Jahrzehnte. Diese könne das Völker- und Europarecht jedoch nicht begründen und das nationale Recht nicht gewährleisten, mahnte Kreuter-Kirchhof an.

Digitale Sicherheit in Europa

Annegret Bendiek ist stellvertretende Forschungsgruppenleiterin EU/Europa bei der Stiftung Wissenschaft und Politik in Berlin. Sie befasste sich mit der digitalen Sicherheit in Europa. Mit digitalen Gefahren und Cyberangriffen können wir nationalstaatlich nicht angemessen umgehen, sagte Bendiek. Was machen wir zum Beispiel in einer Situation, in der kumulative digitale Angriffe quer über ganz Europa ausgeführt werden? Die europäische Ebene rücke in den Blickpunkt, jedoch: Aufgrund geteilter Kompetenzen und der Mehrebenenstruktur käme es zu einem Problem. Wir können nicht so schnell handeln und rechtliche Grundlagen bereitstellen, wie es der Gefahrenlage gerecht wird, führte Bendiek aus. Die Energiesicherheit war Thema der Abschlusspodiumsdiskussion.

„Klima und Energie kann man nicht voneinander trennen“, sagte Miranda Schreurs, Inhaberin des Lehrstuhls für Umwelt- und Klimapolitik an der Hochschule für Politik München.

Resilientes Energiesystem

Wie schaffen wir die Energiewende, auch mit Blick auf die zukünftigen Generationen? Ihre Antwort: Die Politik muss stärker an einem Energiesystem arbeiten, welches resilient ist gegen Krieg und Cyberattacken. Wichtig seien zudem stärkere dezentrale Energiestrukturen und die europäischen Zusammenarbeit. Auch deute einiges darauf hin, dass die USA für Europa zu einem noch wichtigeren Energiepartner werden. „Deutschland ist ein rohstoffarmes Land mit einer energieintensiven Industrie“, sagte Klaus-Peter Potthast vom Bayerischen Staatsministerium für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie. Man habe zu sehr auf Gas gesetzt, außerdem Leitungen nicht genügend gegen den Bürgerwillen durchgesetzt. Folge seien Engpässe. Potthast regte an: „Wir müssen unsere Daten besser kennen, um die Energieversorgung besser steuern zu können“. Matthias Cord ist stellvertretender Vorstandsvorsitzender der Thüga AG. Die Thüga-Gruppe ist der größte kommunale Verbund lokaler und regionaler Energie- und Wasserversorger in Deutschland. Cord sieht die flächendeckende kommunale Wärmeplanung als zentrales Element zur Erreichung der Klimaziele. Für die Zukunft wird Wasserstoff eine große Bedeutung bekommen, prognostizierte er. Aufgrund zahlreicher Anwendungen und der Möglichkeit zur saisonalen Speicherung könne sich Wasserstoff zum „Schweizer Taschenmesser“ der Energiewende entwickeln.



Gero Kellermann



Miranda Schreurs (v. links), Matthias Cord und Ursula Münch im Gespräch

Linktipp

Die neuen Dimensionen von Sicherheit:
bit.ly/sicherheit-dimensionen



Die Arbeitswelt der Zukunft:**Sind 40-Stunden-Wochen noch zeitgemäß?**

Flexiblere Arbeitszeiten, Homeoffice und Remote Work: Sie sind das „New Normal“. Durch die fortschreitende Digitalisierung und den massiven Produktivitätsanstieg wandelt sich die Arbeitswelt rapide. Der strukturelle Wandel schafft nicht nur neue Geschäftsmodelle, sondern ändert auch wie, wo und wann wir arbeiten. Er stellt unser bestehendes Arbeitszeitmodell auf den Kopf, was die Debatte um kürzere Arbeitszeiten anfacht.



So erprobte Island die Vier-Tage-Woche mit großen Erfolgen, in Großbritannien laufen bereits die ersten Versuche und in Belgien steht sie mittlerweile im Gesetz. In Deutschland hingegen wird die Diskussion eher kritisch beäugt; stattdessen wird hier über längere Arbeitszeiten in Form von 42-Stunden-Wochen diskutiert. Zu teuer, zu hoch das Risiko für den ohnehin schon akuten Fachkräftemangel und bloß ein weiterer Treiber für Arbeitsverdichtung, lauten hierzulande die Argumente gegen eine kürzere Arbeitszeit.

Eine Vier-Tage-Woche wie in Belgien? Davon halten Vertreterinnen und Vertreter aus Politik und Wirtschaft wenig. Dabei ist es höchste Zeit, unser starres Arbeitszeitmodell zu überdenken. Was spricht für eine radikal verkürzte Arbeitszeit und unter welchen Bedingungen lässt sich diese umsetzen? Ist das soziale Konstrukt der Arbeitszeit noch zeitgemäß? Inwiefern macht bei Wissensarbeit eine Messung der Produktivität in Stunden überhaupt noch Sinn? In der Tagung "Arbeitszeitverkürzung als Grundlage eines neuen sozialen Modells?" der Akademie für Politische Bildung, des Instituts für Sozialwissenschaftliche Forschung e.V. (ISF) und der Forschungseinheit für Sozioökonomie der Arbeits- und Berufswelt der Universität Augsburg haben sich Expertinnen und Experten mit diesen Fragen kritisch auseinandergesetzt.

Die 32-Stunden-Woche als Antwort auf viele Herausforderungen

„Acht Stunden arbeiten, acht Stunden schlafen und acht Stunden Freizeit und Erholung“, lautete im 19. Jahrhundert die Forderung des Sozialreformers Robert Owen, die sich in der Weimarer Republik allmählich durchsetzte. Das Motto prägt das gegenwärtige Verständnis von Arbeitszeit seit nunmehr 200 Jahren und ist bis dato das gängigste Arbeitszeitmodell. Dass durch den technischen Fortschritt die Produktivität enorm gestiegen ist, durch Automatisierung und Rationalisierung mehr Arbeit in kürzerer Zeit erledigt wird, scheint unsere traditionellen Verständnisse von Arbeit und Arbeitszeit nicht zu tangieren. Wäre eine Arbeitszeitverkürzung allerdings nicht die zwangsläufige Antwort auf die Arbeitsverdichtung? Ursula Stöger von der Universität Augsburg ist überzeugt und plädiert für eine kollektive Arbeitszeitverkürzung mit vollem Einkommens- und Personalausgleich: „Sie ist die Voraussetzung für die Entwicklung eines neuen gesellschaftlichen Produktions- und Sozialmodells.“ Wie die Gesellschaft als Ganzes davon profitieren kann, hat Stöger gemeinsam mit Kolleginnen und Kollegen der Universität Augsburg und des ISF München in einer Expertise zusammengefasst.

Den Autorinnen und Autoren zufolge könnte eine Reduzierung der Arbeitszeiten Beschäftigte entlasten. Sowohl die psychische als auch die physische Gesundheit würde dadurch geschützt und gefördert; unmittelbar davon profitieren könnte vor allem unser Gesundheitssystem. Ferner führe eine Arbeitszeitverkürzung zu einer besseren Vereinbarkeit von Erwerbsarbeit und Privatleben. Dass unsere alltägliche Lebensführung Zeit braucht – Feierabend also nicht gleich Freizeit bedeutet – darüber besteht weitestgehend Konsens. Vielmehr gehört die Organisation eines immer komplexer werdenden Alltags zu den vielen Aufgaben, die neben der Erwerbsarbeit bewältigt werden müssen – darunter Hausarbeit, Arztbesuche, Einkäufe, Kinderbetreuung oder Behördengänge. Es ist ebenso dem digitalen Fortschritt zuzuschreiben, dass eine zunehmende Verschmelzung von Arbeits- und Lebenswelt à la Work-Life-Blending beobachtet werden kann, die das Konzept der Work-Life-Balance passé erscheinen lässt. Die Entgrenzung von Arbeit erhöht das Risiko der Selbstausbeutung. Konzepte wie Vertrauensarbeitszeit erfordern eine große Fähigkeit zur Selbstorganisation, damit die gewonnene Flexibilität nicht im Burnout mündet. Eine Arbeitszeitverkürzung könnte hier Abhilfe schaffen.

Weniger ist mehr

Aus kürzeren Arbeitszeiten leiten sich Vorteile ab, die weit über den individuellen Zugewinn an Lebensqualität hinausgehen. Zum einen wäre eine psychische und physische Entlastung gerade im Sinne der Unternehmen, denn auch sie könnten von reduziertem Stress, weniger Krankheitstage und mehr Motivation am Arbeitsplatz profitieren – schließlich arbeiten gesunde Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer besser. Dass weniger manchmal mehr ist, zeigen erste Studien aus Island. Trotz kürzerer Arbeitszeiten ist die Produktivität meist konstant geblieben oder gar gestiegen. Mit kürzerer Arbeitszeit arbeiten wir effizienter.

Längere Lebensarbeitszeit

So paradox das klingt: Eine verkürzte Arbeitszeit erlaubt eine längere Teilhabe am Arbeitsmarkt. Durch eine Verkürzung der Arbeitszeit ließe sich die Lebensarbeitszeit verlängern und Angestellte bleiben dem Arbeitsmarkt länger erhalten. Dies wirkt dem Fachkräftemangel und dem demographischen Wandel entgegen, so die Expertise. Insbesondere in körperlich belastenden Berufen erreichen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in der jetzigen Situation immer seltener das gesetzliche Renteneintrittsalter. In Gesundheitsberufen gehen sie im Schnitt bereits mit 60 Jahren in Rente, Bau- und Metallarbeiter schaffen es durchschnittlich bis knapp über das 58. Lebensjahr. Es ist kaum verwunderlich, dass der Fach- und Arbeitskräftemangel hierzulande zunimmt und unser Sozialversicherungssystem an seine Grenzen stößt.

Mehr Gleichberechtigung

Einen wichtigen Beitrag leiste die 32-Stunden-Woche nicht zuletzt zur Gleichstellung von Männern und Frauen. Zahlen des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend zufolge, ist ein Fünftel aller Frauen in Jobs unter 15 Stunden pro Woche beschäftigt, was mit den Möglichkeiten niedrigschwelliger Beschäftigung in unserem Arbeitsmarktregime zusammenhängt. Zum Vergleich: In Belgien arbeiten Männer und Frauen oft gleichermaßen um die 30 Stunden. Obwohl das traditionelle Male-Breadwinner-Modell überholt ist, arbeiten Frauen hierzulande mehrheitlich in Teilzeit oder in Minijobs und leisten den größten Teil der Care-Arbeit, der sich auf einen monetären Wert von knapp 825 Milliarden beläuft. Das Steuer- und Sozialsystem setzt hier falsche Anreize. Stichwort „Ehegatten-Splitting“. Eine allgemeine Arbeitszeitverkürzung wäre ein erster Schritt in Richtung Gleichberechtigung. Sie ermöglicht beiden Geschlechtern, einer Vollzeitbeschäftigung nachzugehen und die familiäre Arbeit fairer untereinander aufzuteilen.

Mehr Zeit für Ehrenamt, Weiterbildung, Nebenerwerb

Eine Arbeitszeitverkürzung heißt auch, dass es potentiell mehr Zeit für Nebenerwerb oder auch für unbezahlte Tätigkeiten gibt. Mehr (Frei-)Zeit bedeutet mehr Zeit für Hobbies, Bildung, ehrenamtliches Engagement oder auch politische Partizipation. Neue Zugänge zu Arbeit, Weiterbildung und die Stärkung der Zivilgesellschaft, ganz im Sinne eines „Sowohl-als-Auch“ werden gefördert.

Zweifelsfrei ist die Neuordnung unserer Arbeitswelt bereits in vollem Gange. Mit Amazon, Uber und anderen plattformbasierten Geschäftsmodellen hat sich ein neuer Arbeitsmarkt entwickelt. Hier geht es primär um den Tausch von Arbeit gegen Geld zwischen Einzelpersonen oder Unternehmen über digitale Plattformen. Allein in der EU beliefen sich im Jahr 2020 die Einnahmen aus digitalen Plattformen auf über 20 Milliarden Euro; dass vor allem die Corona-Pandemie Dienstleistungsplattformen wie Lieferdienste eine Hochkonjunktur bescherte, wundert kaum.

Die Welt der Gig-Economy gewinnt zunehmend an Attraktivität: Sie ist ortsunabhängig, bietet zeitliche Flexibilität und ein hohes Maß an Selbstbestimmung und Kreativität. Für viele ist das Arbeitseinkommen aus der klassischen Angestelltentätigkeit inzwischen nur eine Quelle des Gesamteinkommens. Neue Formen von selbstständiger Tätigkeit – sei es über Plattformen oder im Nebenerwerb – stellen eine produktive Ergänzung zur Erwerbstätigkeit dar.

Arbeitszeitverkürzung als notwendige, aber keine hinreichende Bedingung

Die Diskussion um kürzere Arbeitszeiten zeigt vor allem eines: Ein Umdenken unserer starren Arbeitszeitmodelle ist überfällig. Traditionelle Denkmuster müssen gelöst und alte Strukturen aufgebrochen werden. Freilich lassen sich nicht alle genannten Probleme durch eine Arbeitszeitverkürzung vollständig lösen und eine 32-Stunden-Woche wird auch nicht zwangsläufig alle erwünschten Effekte mit sich bringen, neue Probleme werden entstehen. Für die Entwicklung von Arbeit, ihre Entgrenzung und Flexibilisierung sowie für die Veränderung unseres Privatlebens braucht es zwar ein passenderes, nachhaltigeres Arbeitszeitkonzept, jedoch muss gleichzeitig ein grundlegender kultureller Wandel in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft vonstattengehen. So wird die geringe Erwerbstätigkeit von Frauen, vor allem Müttern in der Bundesrepublik, nicht durch eine 4-Tage-Woche einfach verschwinden, wenn nicht andere flankierende Veränderungen angestoßen werden. Ein Kulturwandel in den Unternehmen kann helfen, dass bspw. tägliche Besprechungen nicht mehr auf Uhrzeiten gelegt werden, die mit den Bring- und Abholzeiten von Kitas kollidieren oder dass ein Vater in (echter) Elternzeit nicht als Karrierekiller angesehen wird. Auch müssen unsichtbare Karrierehemmnisse abgebaut werden, wie zum Beispiel der gesellschaftliche Druck, Frauen für die Care-Arbeit verantwortlich zu machen, und frühkindliche Bildung aufgewertet werden. Eine Arbeitszeitverkürzung mag wohl eine notwendige, nicht aber eine hinreichende Antwort auf tiefgreifende, strukturelle Herausforderungen in unserer Gesellschaft sein.


Martina Maier,
Giulia Mennillo

Illustration: © iStock_Judy Unger

Weiteres zum Thema

Die Vier-Tage-Woche als Modell der Zukunft,
bit.ly/arbeitszeitverkuerzung





Mitarbeiterportrait

Ein Interview mit Laura Martena

Im Oktober 2022 hat Laura Martena den Arbeitsbereich Ethische und Theoretische Grundlagen der Politik übernommen. Wir sprechen mit ihr über ihren bisherigen Weg und ihre Pläne an der Akademie.

Frau Martena, Sie verstärken unser Team seit etwas mehr als einem halben Jahr. Was haben Sie zuvor beruflich gemacht?

Martena: Bevor ich an die Akademie kam, war ich Wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Philosophie an verschiedenen Universitäten, zuletzt in Göttingen. Eine meiner Aufgaben war die Forschung. Praktisch hieß das, dass ich neben der Arbeit an meiner Dissertation Aufsätze und Rezensionen geschrieben und Sammelbände herausgegeben habe. Meine Ergebnisse habe ich auf Fachkonferenzen diskutiert. Solche Veranstaltungen habe ich auch mitorganisiert.

Dazu kam die Lehre. Manche Kolleginnen und Kollegen halten sie eher für ein notwendiges Übel. Ich habe immer gern unterrichtet und aus dem Austausch mit den Studierenden viel mitgenommen. Schließlich war ich an der akademischen Selbstverwaltung beteiligt. Zuletzt habe ich etwa den Mittelbau in einer Berufungskommission vertreten. Dabei lernt man auch viel, etwa über die Funktionslogiken der Universität und über Mikropolitik.

Was ist das genauer, die Philosophie? Wie arbeiten Philosophinnen und Philosophen?

Martena: Das ist keine triviale Frage. Eine Bestimmung der Philosophie, auf die sich alle in der Disziplin einigen könnten, gibt es meines Wissens nicht. Ich kann deshalb nur eine vorschlagen, die ich für interessant halte und mir auch vieles zu treffen scheint, was in Geschichte und Gegenwart darunter fällt.

Dazu bietet sich zunächst der Begriff der Reflexion an, den ich aber nicht von vornherein psychologisch verstehen würde, sondern operativ: In der Reflexion wenden wir unsere Aufmerksamkeit auf das zurück, was sich unserem Blick gewöhnlich entzieht, was uns selbstverständlich scheint und was wir meist nicht weiter befragen. Ganz Verschiedenes kann Gegenstand dieser Aufmerksamkeit werden: Begriffe, Konzepte, Argumente, Narrative, Denkmuster, Ideologien, Machtstrukturen...

Philosophinnen und Philosophen begnügen sich aber nicht damit, solche Setzungen als Voraus-Setzungen auszuweisen und zu reflektieren, sondern befragen sie auch auf ihre Begründungen und Begründbarkeit. Sie weisen sie ggf. als verfehlt zurück oder prüfen jedenfalls, ob sie sich auch anders treffen ließen und was sich daraus ergeben würde. Und sie machen selbst möglichst gut begründete Vorschläge, das vermeintlich Selbstverständliche neu und anders zu verstehen.

Das ist sehr abstrakt. Können Sie uns ein Beispiel geben, wie diese „Reflexion“ im Konkreten aussehen kann?

Martena: Ein gutes Beispiel ist Platons Menon. Darin wird eine philosophische Denkbewegung dialogisch inszeniert. Zu Beginn überfällt sein Gesprächspartner Sokrates mit der Frage, ob die Tugend lehrbar sei. Menon liefert ihm auch gleich die zeitgenössisch gängigen Antworten mit: Entweder ist sie lehrbar. Oder sie lässt sich nicht in diesem Sinne lehren, kann aber eingeübt werden. Oder sie kommt uns von Natur aus zu – oder eben nicht.

Statt sich für eine Alternative zu entscheiden, so den bekannten Disput nur zu wiederholen und die gängigen Argumente nochmals zu ventilieren, reagiert Sokrates anders: Er will von Menon zunächst wissen, was der denn unter Tugend versteht. Das tun wir im Alltag oft nicht, sondern unterstellen unserem Gegenüber unbefragt, dass er unser eigenes Vorverständnis teilt.

Entsprechend irritiert ist Menon. Der ist sich zudem sicher, dass jeder, der etwas auf sich hält, ja wohl weiß, was Tugend ist. Dabei ist die sokratische Rückfrage nach der mit den Voraussetzungen gemeinten Sache entscheidend, um herauszufinden, ob wir verstanden haben, worüber wir da dauernd urteilen. Im Zuge des Gesprächs stellt sich dann auch heraus, dass Menon seinen Wissensanspruch nicht einholen kann. Er verwickelt sich dauernd in Widersprüche. Die Einsicht ins eigene Nicht-Wissen eröffnet erst die Möglichkeit, sich um ein konsistentes Verständnis der Sache zu bemühen.

Mit welchen Themen haben Sie sich als Philosophin vor allem befasst?

Martena: Einer meiner Schwerpunkte lag in der Bildungsphilosophie. Der Bildungsbegriff ist schillernd: Einerseits ist er allgegenwärtig – Bildung gilt als Antwort auf alle möglichen Krisenphänomene. Dabei bleibt wiederum oft unklar, was damit gemeint sein soll. Gleichzeitig können wir ein paradoxes Verschwinden der Bildung beobachten. So wurde der humanistische Bildungsbegriff Humboldtscher Prägung ausgerechnet in der Pädagogik zeitweise als elitär, dunkel und diffus kritisiert. Unter der Hand wurden andere an seine Stelle gesetzt: Sozialisation, Lernen, Selbstregulation, Kompetenz... Damit werden aber doch ganz andere Sachverhalte bezeichnet. Angesichts dessen möchte ich herausfinden, was Bildung im Sinne einer normativen Leitidee für den Einzelnen und das Bildungswesen noch sein kann. Dazu lohnt es sich womöglich, an den Anfang der Tradition zurückzugehen, die heute vielfach verabschiedet wird. Das tue ich in meiner Dissertation, die ich gerade zu Ende schreibe, anhand von Platon.

Ein verwandter Schwerpunkt ist die Didaktik der Philosophie und Ethik. Die funktioniert doch recht anders als in anderen Fächern, weil es nicht nur darum geht, Wissen über Philosophie zu vermitteln, sondern gemeinsam ins philosophische Nachdenken und Argumentieren zu kommen. In Göttingen habe ich Lehramtsstudierende unterrichtet. An der Akademie arbeite ich mit ‚fertigen‘ Lehrerinnen und Lehrern zusammen, die das Fach schon unterrichten oder das künftig tun möchten. Auch aufgrund der desolaten Ausbildungssituation für das Fach in Bayern ist mir das wichtig. Immerhin sind Lehrpersonen wichtige Multiplikatorinnen und Multiplikatoren. Sie bestimmen mit, was Schülerinnen und Schüler von der Philosophie mitbekommen und wie sie breiter wahrgenommen wird.

Wie haben Sie Ihren Wechsel von der Universität in die politische Bildung bisher erlebt?

Martena: Bei allen schönen Seiten hat mich zuletzt oft gestört, dass die Welt der Universität im Allgemeinen und der akademischen Philosophie im Besonderen eine in sich recht geschlossene und kleine ist – man lebt in seiner ‚Blase‘. Die prekären Beschäftigungsbedingungen, die unter dem Hashtag ‚ichbinhannah‘ auch breiter diskutiert wurden, dürften beitragen, dass viele Kolleginnen und Kollegen gerade aus dem sogenannten ‚Nachwuchs‘ vor allem um Anschlussfähigkeit ihrer Forschung an bestehende Schulen, Strömungen und Diskussionen bemüht sind. Es wird dann ständig nur dasselbe gedacht, gelesen und zitiert. Karrierestrategisch mag das berechtigt sein, kann aber zu weiterer Verengung führen.

An der Akademie ist das anders: Hier haben wir nicht nur ein Kollegium mit diversen wissenschaftlichen Hintergründen. Das macht den Austausch anregend und schützt vor Fachidiotie. Bei meinen Veranstaltungen komme ich mit Personen ins Gespräch, die ganz verschiedene Biographien, Interessen und Perspektiven einbringen. So kann ich mit Auszubildenden im Metzgerhandwerk über Freiheit sprechen, am nächsten Tag mit Ethiklehrkräften an der Unterrichtsgestaltung arbeiten und abends beim Akademie-Gespräch im Landtag dabei sein. Das erlaubt es einem gar nicht erst, sich im Eigenen allzu bequem einzurichten. Dabei gehört Philosophie auch, aber eben nicht nur in den Elfenbeinturm, sondern in breitere Öffentlichkeiten – um der Öffentlichkeit, aber nicht zuletzt auch um ihrer selbst willen.

Zu erkennen und zu entscheiden, welche konkreten Themen von Belang sein können, ist eine Herausforderung, die ich künftig gern gemeinsam mit meinen Kooperationspartnern angehen möchte. Dabei interessiert mich wiederum, quasi im Sinne einer

Feldforschung, wie die Konzeption und Praxis einer solchen Public Philosophy aussehen kann... Und wie sie sich wiederum von der Philosophie, wie sie in populären Medien oft erscheint, abgrenzt.

Apropos, welche Schwerpunkte möchten Sie in Ihrem Arbeitsbereich in Zukunft setzen?

Martena: In der praktischen Philosophie gibt es viele Themen, die für ein breiteres Publikum spannend sein können. Bildungstheorie und Bildungspolitik gehören ohnehin zum Programm der Akademie, daran schließe ich gern an. Damit habe ich sogar schon begonnen, mit einer Veranstaltung zu „Wertebildung“ im April, über die ich im Report berichte.

Ein klassisches Thema der politischen Philosophie sind Demokratietheorien. Ausgehend von den ‚Klimaklebern‘ und der ‚Letzten Generation‘ finde ich es interessant, über die Ethik von zivilem Ungehorsam, Widerstand und Protest nachzudenken. Eine Veranstaltung dazu planen wir ja im kommenden Jahr gemeinsam.

Auch in der Technikphilosophie ergeben sich angesichts von Künstlicher Intelligenz und Sozialrobotik gerade interessante Fragestellungen. Dabei wird oft nur darauf fokussiert, ethische Probleme im engeren Sinn und davon ausgehend rechtliche Regelungsbedarfe festzustellen. Ebenso wichtig scheint mir die Frage, was solche Technologien mit unserem Selbstverhältnis machen.

Schließlich möchte ich Formate erproben, die nicht nur themenzentriert sind, sondern exemplarisch und praktisch ins Philosophieren einführen. Wie lese ich einen ‚klassischen‘ philosophischen Text, der mir zunächst völlig unverständlich scheinen mag? Wie führe ich ein philosophisches Gespräch? Wie kann ich im Zuge dessen lernen, aufmerksamer mit Begriffen umzugehen, differenzierter zu urteilen, besser zu argumentieren? Ich glaube, dabei ließen sich Kenntnisse, Fähigkeiten und Haltungen gewinnen und vertiefen, die auch für die Teilnahme an öffentlichen Diskursen hilfreich wären und darauf zurückwirken könnten. Das wäre dann ein eher indirekterer, aber wichtiger Beitrag zur politischen Bildung.

Auf welche Ihrer anstehenden Tagung freuen Sie sich besonders?

Martena: Gespannt bin ich auf die Sommerakademie, die sich an fünf Tagen im August der Figur des Tyrannen widmen wird. Wir verbinden einen Durchgang durch die europäische Philosophiegeschichte mit Fallstudien zu Herrschern, die als Tyrannen galten oder noch gelten. Indirekt geht es dabei auch um Frage, was wir aus der Analyse und Kritik der Tyrannis über demokratische Resilienz lernen können. Angesichts der steigenden Tendenz zu autoritärer Staatlichkeit, wie sie sich etwa auch der Studie des V-Dem Institute zeigt, scheint mir dieses Thema drängend.

Vielen Dank Ihnen!



Das Gespräch führte Kinza Khan



Kommende Tagungen

07.08.2023 - 10.08.2023 / Nr. 32-1-23

**Tutzing Sommerakademie:
Die Figur des Tyrannen**

25.09.2023 - 29.09.2023 / Nr. 39-1-23

Vorbereitungslehrgang für die Erste Staatsprüfung (Erweiterung) im Fach Ethik (nicht vertieft)

29.11.2023 - 01.12.2023 / Nr. 48-3-23

Selbstwirksamkeit, Imagination und Mut

04.12.2023 - 08.12.2023 / Nr. 49-1-23

**Ethische Perspektiven auf
Politik und Recht**

Kontakt

Laura Martena, M.A.

Tel: 08158 / 256-57

l.martena@apb-tutzing.de

**Zum 20. Todestag
des homo politicus
Manfred Hättich**

Eine biografische Rückschau und Spurensuche

Am 31. März 2023 hat sich der Todestag unseres hoch geschätzten Altdirektors Manfred Hättich (1925–2003) zum zwanzigsten Male gejährt. Nachdem seine herausragende wissenschaftliche und berufliche Karriere bereits vielfach an anderer Stelle und bei anderer Gelegenheit gewürdigt worden sind, soll hier der Blick auf die frühen Prägejahre von Manfred Hättich gerichtet werden.

Am 12. Oktober 1925 als Sohn des Hauptlehrers Eugen Hättich und seiner Ehefrau Rosa in Owingen bei Überlingen am Bodensee geboren, verbrachte Manfred Hättich die ersten Lebensjahre zunächst in Leibertingen bei Meßkirch, ab 1932 dann in Schwerzen bei Waldshut. Ende 1933 wurde Eugen Hättich wegen seiner Gegnerschaft zum Nationalsozialismus nach Sumpföfen bei Donaueschingen strafversetzt. Aufgrund dieses kritischen Verhältnisses seiner Eltern zum nationalsozialistischen Regime kamen Hättich wie auch sein jüngerer Bruder Edgar recht früh mit Politik und politischen Problemen in Berührung. Wie Hättich rückblickend schreibt, geschah dies „seitens der Eltern ... zum Teil auch ganz bewußt, da sie in ihrem Bemühen, uns gegen nationalsozialistische Einflüsse abzusichern, uns ins Vertrauen ziehen mußten.“ Insofern ist es naheliegend, dass Hättichs Interesse an politischen Fragen eine seiner tiefsten Wurzeln in diesen Kindheitserfahrungen mit dem totalitären Regime des Nationalsozialismus und der politischen Haltung seiner Eltern hatte.

Doch zunächst gingen seine Neigungen in gänzlich andere Richtung. Die bewusst religiöse Erziehung im Elternhaus hatte in ihm schon sehr früh den Wunsch reifen lassen, Priester zu werden. Nach absolvierter Volksschule trat Hättich im April 1938 in die 3. Klasse

Bildkollage zum (vorübergehenden) Aufführungsverbot des Veit Harlan-Films „Hanna Amon“ im Jahr 1952;

© Journal Film 26/1993, S. 25 m.w.N.

des Humanistischen Gymnasiums in Konstanz (während der NS-Zeit unter dem Namen „Schlager-Gymnasium“, später „Heinrich-Suso-Gymnasium“) ein und kam gleichzeitig in das dortige katholische Gymnasialkonvikt St. Konradihaus, das er allerdings nach dem Umzug der Eltern nach Radolfzell alsbald wieder verließ. Besonders prägend waren die in dieser Zeit gewonnenen Eindrücke und Erfahrungen innerhalb der in Radolfzell fortbestehenden Pfarrjugendgruppe. Neben dem als eminente Bereicherung gegenüber dem drögen schulischen Alltag empfundenen musikalischen und literarischen Austausch innerhalb der (illegalen) Gruppe nahm dabei auch die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus konkrete Formen an.

Studium der Volkswirtschaftslehre als Wendepunkt

Nach dem 2. Jahresdrittel der 7. Klasse wurde Manfred Hättich im Mai 1943 zum Reichsarbeitsdienst (RAD) eingezogen und erhielt den sogenannten Reifevermerk: „Dem Schüler wird auf Grund der nachgewiesenen Einberufung zum Heeresdienst gemäß des Herrn Reichsministers für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung vom 8. Sept. 1939 – E IIIa 1947, W RV (b) – die Reife zuerkannt.“

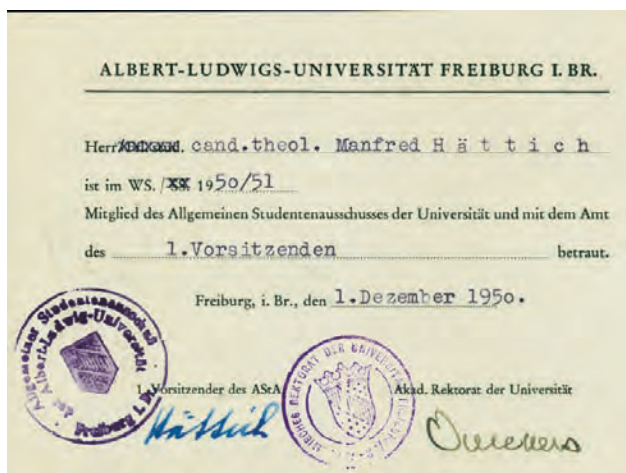
Im August 1943 kam Hättich im Alter von 17 Jahren zur Wehrmacht und, nach kurzer Grundausbildung, im Westen zum Einsatz. Vom Kriegsdienst aus meldete er sich im Frühjahr 1944 beim Theologischen Konvikt Collegium Borromaeum in Freiburg i.Br. zum Theologiestudium an. Ende August 1944 geriet er in Sézanne im Departement Marne in französische Kriegsgefangenschaft. Mitte Juli 1945 wurde Hättich in das Lager für kriegsgefangene katholische Theologen in Le Coudray bei Chartres überstellt. Im sogenannten „Stacheldrahtseminar“ („Séminaire des Barbelés“) absolvierte er den propädeutischen Kurs mit Abschlussprüfung und studierte noch ein Semester Philosophie. Nach seiner Entlassung aus der Gefangenschaft im Mai 1947 nahm Hättich im Wintersemester 1947/48 an der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg i.Br. das Studium der Katholischen Theologie auf, das er im Sommersemester 1951 mit Examen abschloss. Die Aufnahme des Studiums der Volkswirtschaftslehre im Wintersemester 1951/52 markiert einen entscheidenden Wendepunkt in Hättichs Bildungsbiografie und bedeutet zugleich die endgültige Abkehr vom ursprünglichen Berufsziel des Priesters. Seine Absicht bestand nun darin, ein politisches oder sozialwissenschaftliches Studium anzuschließen. Da es zu diesem Zeitpunkt jedoch noch keine Möglichkeit zum Studium der Politikwissenschaft in Freiburg gab, wick er zunächst auf die Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät aus.

Vorsitz des Rings Christlich Demokratischer Studenten und AStA

Noch während des Theologiestudiums hatte Hättich damit begonnen, sich politisch zu engagieren. Als Vorsitzender des Rings Christlich Demokratischer Studenten (RCDS) war er zum Wintersemester 1949/50 in den Allgemeinen Studentenausschuss (AStA) gewählt worden. Darin amtierte er bis zum Sommersemester 1951 als Fakultätsvertreter, zweiter und erster AStA-Vorsitzender. Von 1951 bis 1953 arbeitete er als Tutor im Studium Generale mit. Diese erst nach dem Zweiten Weltkrieg geschaffene, für das studentische Gemeinschaftsleben und für das geistige Leben an der Universität insgesamt überaus wichtige Einrichtung wurde von einem Professor geleitet, dem vier Tutoren zur Durchführung der eigentlichen praktischen Arbeit zur Seite standen. Der examinierte Theologe Manfred Hättich hatte dabei das Colloquium politicum [sic!] zu verantworten und zudem noch den großen Komplex des Studentenclubhauses „Alte Universität“ nach deren Neuaufbau unter seiner Aufsicht gehabt. Im Colloquium politicum ging es nicht zuletzt darum, die allgemeine politische Bildung auf wissenschaftlicher Grundlage und der Universität adäquater Formen zu realisieren – und das zu einer Zeit, da es in Freiburg eben noch keinen speziellen Lehrstuhl für Politikwissenschaft gab, an den sich diese Bemühungen hätten anlehnen können.



Soldatenfoto des jungen Manfred Hättich (Wehrpass, 1943);
© Archiv (APB)



AStA-Ausweis von Manfred Hättich;

© Archiv (APB)

Im Rahmen seiner Tätigkeit für das Colloquium politicum wurde Hättich dann auch Mitglied der Kommission für politische Bildung bei der Westdeutschen Rektorenkonferenz [sic!].

"Die Verbindung von
wissenschaftlichem Ernst und
menschlicher Sicherheit ließ seine
Arbeit in einer ganz besonderen
Weise fruchtbar werden."

Rektor Walter-Herwig Schuchhardt

Wie ihm der damalige Rektor Walter-Herwig Schuchhardt (1900–1976) bescheinigte, hat Hättich „die Leitung des Colloquium politicum ... mit vollem persönlichen Einsatz und großer Überlegenheit gemeistert.“ Wie es im Gutachten weiter heißt, lag ihm „die schwierige und für fast alle Studenten neue Aufgabe, politische Themen in Diskussionen oder in politisch-historischen Arbeitsgemeinschaften zu behandeln, ... besonders am Herzen.“ Nach Schuchhardts Einschätzung war Hättichs „Tätigkeit auf diesem Gebiet ... für den Aufbau und die Entwicklung des Studium Generale von entscheidender Bedeutung.“ Dabei habe ihm „seine ruhige und sichere Art ... nach allen Seiten hin bei Studenten sowohl wie bei Professoren Achtung und Autorität verschafft“; und weiter: „Die Verbindung von wissenschaftlichem Ernst und menschlicher Sicherheit ließ seine Arbeit in einer ganz besonderen Weise fruchtbar werden.“

Diese Einschätzung hat sich in Hättichs außerordentlichem Lebensweg in mehrfacher Hinsicht

bewahrheitet und bestätigt. Er selbst äußert sich im Artikel „Studium Generale – Mit oder ohne uns?“ in der Freiburger Studentenzeitschrift (FSZ, 1. Jg. 1951, Nr. 3, S. 2) im Hinblick auf die mangelnde Diskussions- und Mitwirkungsbereitschaft der Studierenden an den Bemühungen um eine Hochschulreform sowie das zurückhaltende studentische gesellschafts-politische Engagement im allgemeinen sehr entschieden, indem er quasi apodiktisch fordert: „Wir haben nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht des kritischen Mituns, wenn das Gesicht der Universität verändert werden soll.“ Und weiter: „Bei aller Anerkennung der Sorgen, die uns leider drücken, wir kommen als Studenten an der Frage nicht vorbei, ob wir Geldverdiener oder Wissenschaftler werden wollen; und auch an der anderen nicht, ob die Universität nur Ausbildungsstätte oder auch Quellgrund des geistigen Lebens unseres Volkes sein soll.“ Hättich jedenfalls wollte schon damals – wie überhaupt zeit seines Lebens – den Dingen auf den Grund gehen und engagiert an der Neugestaltung von Universität „als Forum des Geistes in der Gesellschaft“ (FSZ, 1. Jg. 1951, Nr. 1, S. 7) wie dem geistigen Leben insgesamt Anteil haben. Wie ernst es ihm damit war, das lässt sich exemplarisch an der sogenannten „Veit-Harlan-Affäre“ zeigen:

Im Januar 1952 demonstrierten Freiburger Studierende gegen die Aufführung des Filmes „Hanna Amon“ von Veit Harlan (1899–1964). Sie wollten ihrer Empörung darüber Ausdruck verleihen, dass dem Regisseur des im Auftrag von NS-Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda und Präsidenten der NS-Reichskulturkammer Joseph Goebbels (1897-1945) gedrehten horribelen antisemitischen Hetzfilms „Jud Süß“ (1940) eine neuerliche öffentliche Bühne bereitet wird. Anfänglich wollten die Protestierer lediglich die öffentliche Aufführung verhindern. Das Freiburger Kinopublikum sowie weite Teile der Bevölkerung reagierten darauf mit eindeutig antisemitischen Schmährufen („Judenknechte“, „Judensöldlinge“, „Judenlümme!“ – FSZ Sondernummer, 2. Jg., Ende Januar 1952) und Ausschreitungen. Die anschließende große studentische Protestkundgebung vom 16. Januar 1952 mit mehreren Hundert Teilnehmern wurde durch die Freiburger Polizei brutal und rücksichtslos niedergeknüppelt. Universität und die Presse sowie viele politische Repräsentanten der lokalen wie von Landesebene stellten sich hinter die demonstrierenden Freiburger Studierenden. Der Film wurde daraufhin zunächst abgesetzt.

„Hanna Amon“ („Ein Frauenleben, ergreifend und erhebend. Ein unvergeßliches Erlebnis“) war nicht der erste Nachkriegsfilm von Veit Harlan. Im Januar 1951 kam „Unsterbliche Geliebte“ (nach Aquis

submersus von Theodor Storm) in die Kinos. In Berlin und Frankfurt a.M. wurde die Aufführung aufgrund des Protests der Bevölkerung verhindert. Auch in Freiburg i.Br. hatte sich Widerspruch gegen die Aufführung dieses Films erhoben. Mittels Eingabe an das badische Innenministerium vom 8. März 1951 forderte die Freiburger Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit dessen Aufführungsverbot. Die Eingabe trug auch die Unterschrift des damaligen cand. theol. Manfred Hättich, für den ASTA der Uni Freiburg i.Br.

Manfred Hättich war auch im Januar 1952 eine der entscheidenden Persönlichkeit hinter dieser ersten erfolgreichen Studentendemonstration in der noch jungen Bundesrepublik Deutschland. Das hat jüngst Dieter von Schrötter in seinem instruktiven Beitrag „Schweigen hilft nicht gegen Antisemitismus – Das Freiburger Lehrstück von 1952“ (Manuskript, März 2023) besonders anschaulich und detailreich herausgearbeitet: Auf Hättichs Initiative hin wird am 15. Januar 1952 ein Handzettel veröffentlicht, der zu einer Protestversammlung mit anschließender Großdemonstration vor den Freiburger Kinos für den Folgetag aufruft. Um 20 Uhr platzen Aula und angrenzende

Halle angesichts von 600 bis 800 Anwesenden aus allen Nähten. Manfred Hättich eröffnet die Protestkundgebung und sagt u.a.: „Es kann sich nicht darum handeln, die ohnehin missglückte rechtliche Entnazifizierung zu wiederholen, aber darum, endlich mit aller Entschiedenheit an die unterlassene Entnazifizierung der Geister zu gehen.“ Ein Teil der Studierenden verlässt die Versammlung in Richtung Friedrichsbau-Lichtspiele, um dort die Besucher der Abendvorstellung zu erreichen und gegen die Aufführung des Harlan Films zu demonstrieren. Dann eskaliert die Sache und endet im Chaos: Auf Beschimpfungen und Schmähungen folgen Handgreiflichkeiten und schließlich ein völlig überzogener Polizeieinsatz. Hättich, zu diesem Zeitpunkt noch in der Versammlung, erhält Nachricht von den unbotmäßigen Übergriffen der Polizei. Daraufhin begeben sich er und Prorektor Friedrich Oehlkers (1890-1971) zum „Colombischlössle“, um den badischen Staatspräsidenten Leo Wohleb (1888-1955) zu informieren. Dieser setzt den Film kurzerhand ab und gibt seine Entscheidung öffentlich vor „dem Friedrichsbau“ bekannt.

Einige Wochen danach hat Hättich selbst die Vorkommnisse in einem vierseitigen Beitrag „Wo stehen wir? Nachwort zu den Freiburger Studentendemonstrationen“ (vgl. Universitätsarchiv Freiburg i.Br.: C 0161/4) analysiert. Dabei wirft er die entscheidende, über die lokalen Vorgänge hinausreichende Frage danach auf, wie gefährdet die junge deutsche Nachkriegsdemokratie durch fehlendes demokratisches Bewusstsein ihrer Bevölkerung und auch von Teilen der Polizei sei. Fragen die den homo politicus Manfred Hättich zeitlebens intensiv beschäftigt haben, und die noch dazu nach wie vor von geradezu brennender Aktualität sind. Am 31. März 2003, also vor zwanzig Jahren, ist unser verdienter Altdirektor Prof. Dr. Manfred Hättich im Alter von 77 Jahren in Tutzing verstorben. Wir gedenken Manfred Hättich in großer Dankbarkeit und Ehrerbietung, dessen Name untrennbar mit der Tutzinger Akademie verbunden ist und bleibt.



Steffen H. Elsner

Weitere wichtige Stationen...

... aus Hättichs Vita können als bekannt gelten:

- **1953–1955**
Referent für politische Bildung im Generalsekretariat der Deutschen UNESCO-Kommission in Köln
- **1957**
Promotion (in Wirtschaftswissenschaft) zum Dr. rer. pol. in Freiburg zum Thema „Wirtschaftsordnung und katholische Soziallehre“
- **1958–1964**
Gründungsdirektor des Instituts für politische Jugendbildung e.V. (heute: Institut für politische Bildung Baden-Württemberg e.V.) in Buchenbach bei Freiburg i.Br. „Studienhaus Wiesneck“
- **1964–1967**
Leiter der Studentensiedlung der Uni. Freiburg i.Br.
- **1965**
Habilitation für das Fach Wissenschaftliche Politik an der Uni Freiburg i.Br. mit der Habilitationsschrift „Demokratie als Ordnung und Idee – Versuch einer Klärung“
- **1967–1970**
Ordinarius für Politikwissenschaft an der Johannes-Gutenberg-Universität Mainz
- **1970–1993**
Ordinarius für Politische Wissenschaft an der Ludwig-Maximilians-Universität München
- **1970–1993**
Direktor der Akademie für Politische Bildung in Tutzing

Quellen:

Freiburger Studentenzeitung (DVD), herausgegeben vom Archiv Soziale Bewegungen und dem Rektorat der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg, Jos Fritz Verlag 2012.

Dieter von Schrötter, 2023: Schweigen hilft nicht gegen Antisemitismus – Das Freiburger Lehrstück von 1952 (Manuskript, März 2023).

Universitätsarchiv der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg i.Br.: Handakten zu den Veit-Harlan-Demonstrationen (Manfred Hättich) 1951-1999, Freiburg 2001, Bestand C 0161/4.

Michael T. Koltan, 1993: »Wir haben vor Begeisterung geheult!« Die Demonstrationen gegen Veit Harlans Hanna Amon im Jahr 1952, in: Journal Film 26/1993, S. 20–25.

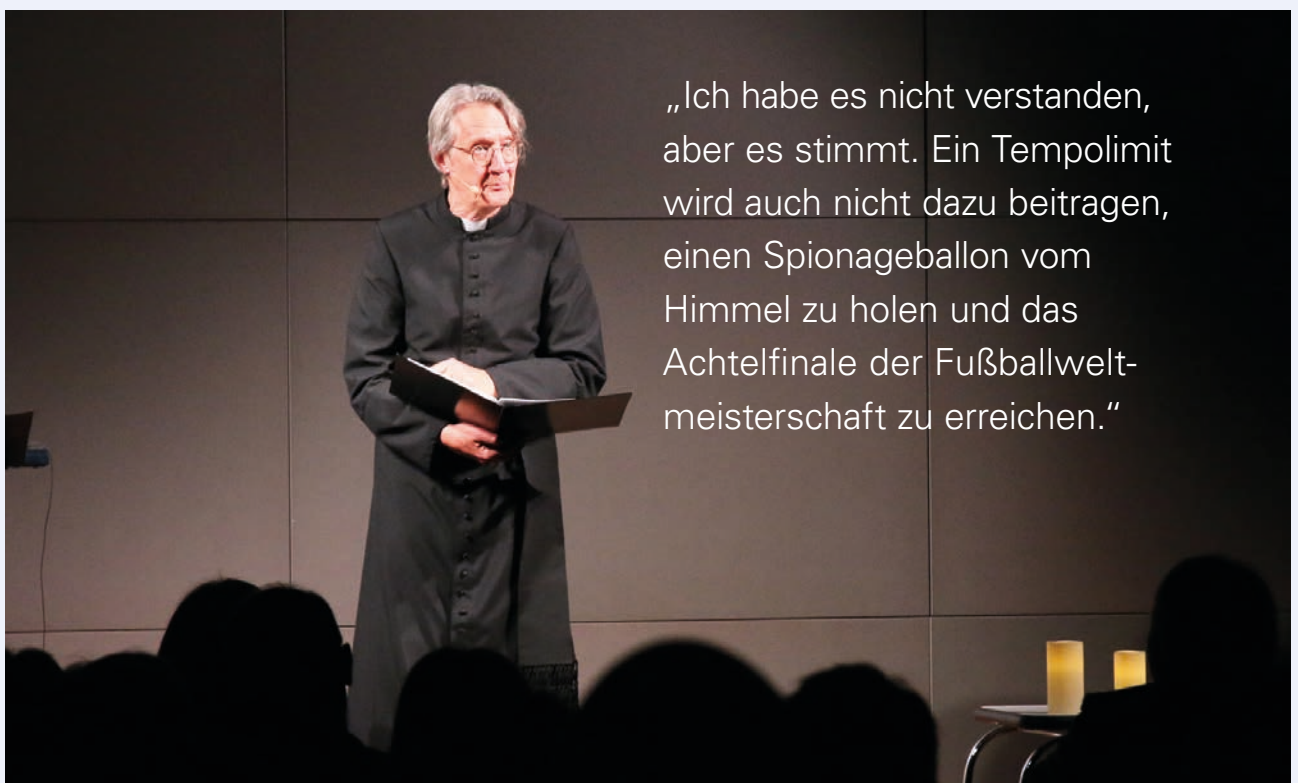
Holger Paetz im Doppelpack

Kabarettist zeigt Jahresrückblick und Fastenpredigt in Tutzing

Holger Paetz ist Stammgast in Tutzing. Der Kabarettist und frühere Autor der Singspiele am Nockherberg hat in der Akademie für Politische Bildung seinen Jahresrückblick „So schön war's noch selten!“ und die Buß- und Fastenpredigt „Fürchtet Euch!“ gezeigt. Zwei bitterböse und unterhaltsame Abende über Politik und Gesellschaft.

Ob er in Sakko und Jeans oder im Pfarrergewand auf der Bühne steht, spielt bei Holger Paetz keine Rolle. Die Pointen sitzen, sein schwarzer Humor entfaltet seine Wirkung – egal, ob es um die Ampelkoalition, um Markus Söder oder um Putin-Versteher geht. In der Akademie für Politische Bildung in Tutzing war der Kabarettist 2023 gleich zweimal – in

zivil mit dem Jahresrückblick „So schön war's noch selten!“ und als Pater Paetz mit seiner Fastenpredigt „Fürchtet Euch!“ In Letzterer predigt Paetz nicht nur, er betet auch, zum Beispiel „um das Wohl unseres Markus, dass er durchhält. Er zapft im Moment jedes herrenlose Bierfass an, das ihm begegnet“. Eine Kernkompetenz, die anderen offenbar fehlt, wie Nancy Faeser, die sich gerade als Ministerpräsidentin in Hessen bewirbt. „Wie ist denn ihre Kompetenz beim Anzapfen? Da hat man noch nichts gehört. Sie stellt ja nicht einmal Fotos ihres Essens ins Netz“, empört sich Pater Paetz. Und er hat noch weitere Söder-Weisheiten gesammelt: „Ein Tempolimit wird nicht dazu beitragen, einen Blackout zu verhindern.“ Pater Paetz zieht die Augenbraue hoch, seine Mundwinkel wandern auf und ab. Gesichtskomik, wie man sie vom ehemaligen Autor der Singspiele am Nockherberg kennt. Er lässt sich den Satz auf der Zunge zergehen und resümiert: „Ich habe es nicht verstanden, aber es stimmt. Ein Tempolimit wird auch nicht dazu beitragen, einen Spionageballon vom Himmel zu holen und das Achtelfinale der Fußballweltmeisterschaft zu erreichen.“ Die Lacher aus dem Publikum sind ihm damit sicher. Er bleibt beim „Sommerdrama im Advent“, wie er die Fußball-WM 2022 nennt: „Die Schmach von Katar, klingt wie ein verschollener Karl May.“ Aber nicht nur die Spieler auf dem Platz, auch Kommentator Bastian Schweinsteiger und seine Leistung beim 0:0-Halbzeitstand zwischen England und den USA werden erwähnt: „Was sollten die Engländer jetzt machen? Sie müssten das erste Tor machen.“ – „Ich hätte lieber den Mund gehalten.“



„Ich habe es nicht verstanden, aber es stimmt. Ein Tempolimit wird auch nicht dazu beitragen, einen Spionageballon vom Himmel zu holen und das Achtelfinale der Fußballweltmeisterschaft zu erreichen.“

Wertlose Tipps zur Energiekrise

Verbal wenig Gehaltvolles identifiziert der Pfarrer auch bei Politikerinnen und Politikern. Robert Habeck dankt er für den Tipp „Ich dusche schnell und habe meine Schnelligkeit noch einmal verkürzt“, um Energie zu sparen. Wolfgang Schäubles Ratschlag, zwei Pullis anzuziehen, wenn die Heizung aus ist, ergänzt Paetz trocken um die Empfehlung: „Du kannst auch noch Wellpappe dazwischen legen.“ Außerdem lohne es sich, immer Kerzen und Streichhölzer zu Hause zu haben – um den Pulli anzuzünden. Das Thema Energie nimmt in den Programmen von Holger Paetz aktuell viel Raum ein. Er erinnert an den Sommer 2022, als die Deutschen Briketts gehortet haben: „Manche wussten gar nicht, was sie damit anfangen sollten.“ Die Auflösung gab's in der Bild-Zeitung: „Brennholz ist das neue Klopapier!“ – „Nein, danke. Das brauche ich nicht“, meint der Kabarettist und verzieht das Gesicht. Er spricht über Wolfgang Kubicki, der der Meinung war, ein Niveau erreicht zu haben, das schwerlich zu unterbieten sei, wenn der Staat Vorgaben zur Körperhygiene mache. „Und im Unterbieten des Niveaus kennt der sich aus“, findet Paetz.

Paetz singt, reimt und derbleckt

Unterbrochen werden seine bitterbösen Monologe von Liedern und Gedichten. Als Pater Paetz begleitet er sich selbst auf dem Keyboard, für den Jahresrückblick hat er Gedichtbände eingepackt. Er reimt und singt über den Plural des Krokus, über das Wetterchaos im deutschen Sommer 2022, in dem die Blätter von den Bäumen faulten, und über den Wunsch, Putin-Versteher zu sein.

Der russische Präsident spielt im Kabarett von Holger Paetz in diesem Jahr die internationale Hauptrolle. Es geht um seinen Riesentisch, an dem „jemanden über den Tisch ziehen“ zur sportlichen Herausforderung wird, um Edmund Stoiber, der einst die Seehofer-Delegation begleitet hat, um Putin zu umarmen, und um das Kriegsschiff Moskwa, das sicherlich nur durch den Übereifer der Mannschaft bei einer Feuerschutzübung gesunken ist.

Und da wären wir auch bei der deutschen Verteidigungsfähigkeit. „Irgendwer hat diese Frage eingebracht, ob die überhaupt verteidigungsfähig sind. Die Bundeswehr verteidigt das Bundesgebiet, wie es im Grundgesetz steht. Da steht ja nicht wie lang. Stunden? Tage?“ Paetz erzählt von Marinehubschraubern, die nicht richtig fliegen, aber wie Kiesel über die Wellen hüpfen („Das kann den Gegner schon verwirren.“), und erinnert an die Gefahr, in die sich die ehemalige Verteidigungsministerin Christine Lambrecht begab, als sie mit einem der



Gebete für Söder,
Ratschläge für Schweinsteiger

© Winterer (APB)

zwei noch funktionierenden Hubschraubern flog – mit ihrer „Mitflugzentrale Lambrecht“, von der in erster Linie ihr Sohn profitierte. Aber auch an der Kompetenz ihres Nachfolgers Boris Pistorius zweifelt er: „Das ist doch der Laschet, also nach einer Testosteronspritze.“

Beide Abende enden mit Gedichten, lobenden Worten von Akademiedirektorin Ursula Münch und glücklichen Gesichtern im Publikum. Für das kommende Jahr ist Stammgast Holger Paetz in der Akademie wieder gebucht.



Beate Winterer



Lucy van Kuhl zwischen Singen und Erzählen.
© Winterer (APB)

Musikkabarett

Lucy van Kuhl singt Geschichten aus dem Leben

Wo Lucy van Kuhl ist, ist ein Klavier meist nicht weit. Mit ihren Liedern aus dem neuen Programm „Auf den zweiten Blick“ hat die Musikkabarettistin das Publikum in der Akademie für Politische Bildung zum Lachen und zum Nachdenken gebracht.

„Wann endet nur der Januar?“, fragt Lucy van Kuhl ihr Publikum und ergänzt: „Ich brauch’ schon Psychopharmaka.“ Nicht etwa, weil Dunkelheit und Kälte der Kabarettistin zusetzen, sondern weil sie in einem ihrer Lieder das Jahr mit Detox begonnen hat. Dabei klang das Prinzip anfangs ganz einfach: „Man isst nicht mehr die Sachen, die einem schmecken, sondern nur noch die, die einem nicht schmecken“, erklärt die gebürtige Kölnerin, die eigentlich Corinna Fuhrmann heißt. Mit ihrem

neuen Programm „Auf den zweiten Blick“ war sie zu Gast im Kulturprogramm der Akademie für Politische Bildung in Tutzing. „Schöner, schlanker und vital“ sollte Detox machen, doch Lucy van Kuhl besingt vor allem „fiese Mischungen aus dem Mixer“ und sehnt sich nach der Sahnetorte am Nachbartisch im Café. Ihre Geschichten begleitet sie meist am Klavier, manchmal erzählt sie auch nur, verstellt die Stimme, lässt die Mimik im Scheinwerferlicht sprechen. Mehr braucht sie nicht, um das Publikum in der Akademie zum Lachen zu bringen – oder auch zum Nachdenken. Zum Beispiel wenn sie im Lied „Jeden Nachmittag im Park“ von der Einsamkeit alter Menschen singt. Oder wenn sie in „Wo ist Frau Schmidt?“ ihre betagte Nachbarin sucht, die nach einem Corona-Lockdown aus dem Mietshaus in Prenzlauer Berg verschwunden ist. Oder wenn sie sich in „Ich will dich“ von ihrem Partner wünscht, „ich will dich mal wieder vermissen“, weil es die beiden nur noch im Doppelpack gibt.

Kabarettistischer Blick auf die Liebe

Generell ist Liebe ein großes Thema im neuen Programm von Lucy van Kuhl. Das beginnt schon mit dem Titel, in dem sie sich „Auf den zweiten Blick“ verliebt, weil sie dem ersten nicht mehr traut. Sie singt aber auch über den 50. Hochzeitstag von Hermine und Herbert, der beinahe in einem Doppelmord endet, den wohl niemand bedauern würde. Ähnlich desaströs, aber zur heiteren Melodie von „Eine Seefahrt, die ist lustig“, besingt sie die Ehe von Gertrud, die im Discounter eine Luxuskreuzfahrt kauft, von der ihr knausriger Gatte Willi nicht mehr zurückkehrt. Hol-la-hi, hol-la-ho...

Lucy van Kuhl sinniert über die Olympia-Disziplin „Spülmaschine so einräumen, dass das Geschirr genauso dreckig wieder rauskommt“, die in ihrer eigenen Beziehung eine gewisse Rolle zu spielen scheint. Eine kurze Anleitung: Essensreste nicht abkratzen und eintrocknen lassen. Möglichst eng einräumen, vor Suppenteller einen geraden Teller, damit kein Wasser dazwischenkommt. Salatbesteck verhindert, dass sich der obere Sprüharm dreht, Essstäbchen fallen durch den Besteckkorb und blockieren den unteren Sprüharm. Außerdem den Geschirrspüler nie reinigen und grundsätzlich keinen Klarspüler verwenden. „So gewinnt man mindestens eine Silbermedaille“, verspricht die Kabarettistin mit Verweis auf einen ihr sehr bekannten Menschen. „Über Ihr Bild von Beziehungen könnte man diskutieren, wobei es von der Länge der Ehe abhängt, wie die Diskussion ausgeht“, resümiert Akademiedirektorin Ursula Münch. Einen schwächeren Moment hat die Vorstellung, als die Kabarettistin Social-Media-Momente auf das analoge Leben überträgt: Leute am Ku'damm fragen, ob sie mit ihr befreundet sein möchten, erzählen, was sie gestern und heute gemacht hat, Fotos aus der Kindheit und vom Essen zeigen und bei Gesprächen immer mit „Gefällt mir“ antworten. Das Resultat: innerhalb kürzester Zeit

fünf Follower, zwei Polizisten, ein Therapeut und ein Krankenpfleger. Leider dürfte die Szene vielen Facebook-Usern bestens von Memes bekannt sein, die dort seit Jahren kursieren.

Besser kommt der Ausflug in die Welt der Kinderlieder an. Die studierte Germanistin und Pianistin stellt dem Tutzinger Publikum Paul vor, der „prinzipiell Prinzessin sein“ will, Krone und Sommerkleid trägt, auf Einhörner-Quartett steht, gerne zum Ballett geht und ein talentierter Fußballer ist. Während sein Freund Nico ihm nacheifert, träumt Linda von einer Karriere als „Kanzler, König, Kaiser, einfach Boss“ und Patricia wird Papst. Für diesen Teil des Abends erntet sie nicht nur von den jüngeren Besucherinnen und Besuchern viel Applaus.

Publikumsnähe am Klavier

Zu Lucy van Kuhl gehört neben ihrem Klavier auch der herzliche und nahbare Umgang mit dem Publikum. Sie sitzt nah am Bühnenrand, nur wenige Meter von der ersten Stuhlreihe entfernt. Manchmal fragt man sich, ob das, was sie sagt, zur Show gehört oder ob gerade einfach die Freude aus ihr herausprudelt. Zum Beispiel wenn sie den Zuschauerinnen und Zuschauern für ihre Anwesenheit dankt. „Es ist zu diesen Zeiten nicht selbstverständlich, in Kulturveranstaltungen zu gehen. Ohne Sie wär's nur halb so schön.“ Das kann das Publikum nur zurückgeben. 

Beate Winterer



Heimatabend mit Maxi Schafroth

Ob Allgäuer Sparsamkeit oder Starnberger Statussymbole: Maxi Schafroth verteilt seine Scherze fair über den Freistaat. Mit seinem Soloprogramm „Faszination Bayern“ und seinem Gitarristen Markus Schalk war der Kabarettist zu Gast in der Akademie für Politische Bildung in Tutzing. Wir haben seine besten Sprüche gesammelt:

„Ich tu in Berlin-Mitte immer so, als wäre ich laktoseintolerant. Ich bin aber schon einen Schritt weiter. Ich behaupte, ich vertrage keine Hafermilch.“

„Im Altbayerischen hat man 35 Trachtengarnituren im handgeschnitzten Zirbenschrank. Im Allgäu haben wir was an, damit wir nicht nackt sind. Manche tragen auch nur Unterhose und Warnweste... Der Tourismusverband hasst mich jetzt.“

„Schwäbisch ist en vogue: Alle müssen sparen, wir wissen, wie es geht.“

„Dachboxen haben wir so im Allgäu nicht gehabt. Ich dachte immer, wenn die Münchner sich beim Skifahren verletzen, kann man sie liegend heim transportieren.“

„Mein Vater hat gesagt, beim Babybel musst du die Wachsschicht mitessen, da bleibst länger satt. Ich bin bis heute satt, wenn ich daran denke.“

„Wenn man mit dem Allgäu-Express nach München fährt, fährt man immer über Buchloe – egal, wo man losfährt. Das ist der JFK vom Unterallgäu.“

„Wir erleben gerade eine Renaissance der Bodenständigkeit. Der Starnberger ist bodenständig. Er fährt Geländewagen und hat in der Regel einen Jagdschein.“

„Bei den Banker-Partys im P1 trinken die nichts, aber rennen jede Stunde aufs Klo. Gibt's da Faschingskrapfen umsonst oder warum haben die alle so weiße Nasen?“

Beate Winterer

Ausführlicher Veranstaltungsbericht

bit.ly/schafroth





Bericht vom Jahresempfang in der IHK für München und Oberbayern am 18. April 2023

**„Das Eis, auf dem wir stehen, wird dünner“
Markus Söder im Gespräch mit Anouschka Horn beim Jahresempfang**

„Bayern in Zeiten des globalen Umbruchs“ war das Thema des Jahresempfangs, den die Akademie mit der Europa-Union München und weiteren Kooperationspartnern in der IHK in München durchführte. Es diskutierten der Bayerische Ministerpräsident Markus Söder und die BR-Journalistin Anouschka Horn.

„Steht Deutschland an einer Weggabelung, wo sich entscheidet, wo es langgeht?“, fragte Moderatorin Anouschka Horn. „Seit etwa drei Jahren leben wir in Zeiten, die herausfordernd sind wie noch nie“, antwortete der Bayerische Ministerpräsident Markus Söder. Erst der Krieg eines Virus gegen die ganze Welt, dann der Ukraine-Krieg und seine Folgen für die Energieversorgung. „Das Eis, auf dem wir stehen, wird nicht nur wegen des Klimawandels immer dünner. Ohne langfristige Strategie werden wir diese Krise nicht dauerhaft überstehen“, sagte Söder.

Söder sieht die Gefahr, dass aufgrund der Probleme mit der Energie Deutschland wirtschaftlich absteigen und dadurch auch demokratische Spaltungsprozesse in Gang kommen könnten. Man müsse aufpassen, dass

Anouschka Horn und Markus Söder in der IHK.
© Gebert-IHK

politische Gruppen, die man nicht wolle und die keinen substanziellen Beitrag leisten, aus dieser Krise politischen Honig saugen, mahnte der Ministerpräsident. Horn griff die Frage nach dem wirtschaftlichen Wohlstand auf und fragte, wie es mit der Zusammenarbeit mit China weitergehen solle – von deutscher, aber auch von europäischer Seite. Söder sagte, das China von heute sei nicht das China von vor 15 Jahren. Der hegemoniale Anspruch und systemische Wettbewerbsaspekte seien erkennbar. Zudem spüren wir auch, dass die Bedrohung von Taiwan im Moment sehr groß ist, führte er aus.

Zwischen Werten und Interessen

Natürlich haben wir eine klare Einbindung in die EU und die Nato und natürlich setzen wir uns für Werte ein, betonte Söder. Aber wir müssen zwischen unseren Werten überlegen, wo unsere Interessen sind. „Ich bin dafür, dass wir weiterhin wirtschaftliche Kontakte zu China qualifiziert erhalten“, sagte er.

Horn vertiefte diesen Aspekt mit der Frage: „Wenn es tatsächlich zu einem Abbruch von Lieferketten käme, in welcher Dimension würde dann die Abschottung von China unseren Wohlstand tatsächlich gefährden? Kämen wir in eine globale Rezession, gegenüber der die Corona- und die Energiekrise laue Lüftchen wären?“

Demokratien nicht auf dem Vormarsch

Söder antwortete, dass es natürlich eine große Abhängigkeit von China gibt, zum Beispiel bei Rohstoffen und seltenen Erden. Und was Demokratien betrifft, müssten wir leider sagen, dass diese nicht gerade auf dem Vormarsch sind. Deshalb könne die Konsequenz aber nicht sein, die wirtschaftlichen Beziehungen abubrechen, sondern man müsse auch politisch im Gespräch bleiben, sagte Söder. Horn lenkte die Diskussion auf den Inflation Reduction Act in den USA und seine Folgen für die EU. Dabei geht es um ein Förderprogramm von über 350 Milliarden Dollar, hauptsächlich für den Ausbau der erneuerbaren Energien und den klimagerechten Umbau der Industrie.

EU-Antwort auf US-Klimaprogramm?

„Sollte die EU dieses Klimapaket von Biden nachmachen?“, fragte sie. Horn verweist auf die Warnung des ifo Instituts vor einer harten EU-Antwort und einem ordnungspolitisch gefährlichen Subventionswettbewerb. Wie müsste nun die Antwort der EU auf das amerikanische Förderprogramm aussehen?, fragte Horn. Söder sagte, dass es am besten sei, die wirtschaftlichen Ziele mit dem Ziel zu verbinden, den Klimaschutz voranzubringen. Da würde es uns helfen, wenn wir bei der Energiepolitik in Europa geschlossener wären. Er betonte die Wichtigkeit von Wissenschaft und Forschung. Bayern sei diesbezüglich zu einer Marke geworden.



Gero Kellermann



Namen und Nachrichten aus der Akademie

Kollegium

Dr. Andreas Kalina hielt im Rahmen des Rohrer Forum der Ackermann-Gemeinde einen Vortrag über „Das ambivalente Verhältnis der Visegrád-Gruppe zur EU“. An der Universität Passau bietet er im Sommersemester 2023 ein Oberseminar zum Thema „In Vielfalt geeint? Interessen- und Deutungskonflikte in der Europäischen Union“ an.

Dr. Anja Opitz diskutierte mit dem Vorsitzenden der Hanns-Seidel-Stiftung Markus Ferber, MdEP; dem ehemaligen Bundesminister für Finanzen Dr. Theo Waigel und dem stellvertretenden Vorsitzenden des Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen Dr. Gerhard Hopp, MdL über die Frage, welche Rolle die Europäische Union in einem gewandelten globalen Umfeld spielen soll. Im Vorfeld der Münchner Sicherheitskonferenz informierte sie die Abgeordneten des Europaausschusses des Bayerischen Landtags über die Schwerpunktthemen der MSC 2023 und diskutierte über Fragen zur gegenwärtigen weltpolitischen Lage.

Dr. Thomas Schölderle referiert Ende März auf der Abschlusstagung des Graduiertenkollegs „Deutungsmacht von Zukunftsnarrativen“ an der Universität Rostock zum Thema „Zukunft der Utopie. Nachrufe, Geschichte und Aktualität utopischen Denkens“. Für das WDR-Zeitzeichen stand er als Experte anlässlich des 545. Geburtstages des englischen Humanisten Thomas Morus am 7. Februar zur Verfügung.

Laura Martena, M.A. hat einen Vortrag bei der 1. Jahrestagung der Gesellschaft für Philosophie- und Ethikdidaktik (GPED) e.V. an der TU Dortmund gehalten. Die Tagung widmete sich der Bedeutung von Kenntnissen und Wissen im Philosophie-Unterricht. Ihr Vortrag trug den Titel „Was weiß Sokrates? Eine sokratisch-platonische Perspektive auf das Wesen, den Erwerb und die Weitergabe philosophischen Wissens“.

Dr. Gero Kellermann sprach im TV-Sender ARD alpha in der Sendung „alpha-demokratie“ über Artikel 7 des Grundgesetzes zum Schulwesen. Er hielt beim Jahresempfang mit der Europa-Union München in der IHK ein Grußwort und vertrat die Akademie beim Jahresempfang der Evangelischen Akademie Tutzing.

Dr. Giulia Mennillo sprach über die Globalisierung der Finanzmärkte im Podcast „Blinder Fleck“. Vom Unternehmerverband Landkreis Starnberg wurde Sie als Referentin zum Thema „Die Zukunft der Globalisierung“ eingeladen. An der Universität der Bundeswehr gab sie das Seminar zur „IPÖ des Geldes und Internationale Finanzarchitektur“.

Kuratorium

Hubert Schurkus ist seit Ende November in seiner Funktion als Vorstandsvorsitzender des Bildungswerkes der Bayerischen Wirtschaft als Vertreter der Bayerischen Wirtschaft in das Kuratorium der Akademie berufen worden.



Namen und Nachrichten aus der Akademie

Direktorin

Die Direktorin hielt bei verschiedenen Landfrauentagen, die jeweils unter dem Motto „Mit uns leben die Dörfer“ stattfanden, den Festvortrag, und beteiligte sich an einer Podiumsrunde anlässlich des 75. Jubiläums der Christlich Sozialen Arbeitnehmerschaft. Im Rahmen der „Woche der Brüderlichkeit“ sprach **Prof. Dr. Ursula Münch** in Straubing über den „Umgang mit Freiheit, Macht und Verantwortung“ in Zeiten der Krise. Um die außen- und europapolitische Einordnung des Kriegs gegen die Ukraine ging es sowohl in einer Podiumsdiskussion mit der Vorsitzenden des Verteidigungsausschusses des Deutschen Bundestag, Marie-Agnes Strack-Zimmermann (FDP) als auch einer Veranstaltung des Münchner Asam-Gymnasiums. An der Universität der Bundeswehr München moderierte sie ein Podium u. a. mit zwei Abgeordneten des Bayerischen Landtags (Karl Straub, Cemal Bozoglu) zur Frage, ob Unsicherheit „rassistisch gedacht“ werde. Bei einem Gespräch mit Christian Ude (SPD) war sie sich mit dem früheren Münchner Oberbürgermeister in der Kritik an der Reform des Bundeswahlgesetzes einig. Unbeschwert schwäbisch reden durfte sie bei einem Abendvortrag über „Unsere bedrohte Freiheit an der Göppinger Volkshochschule und einem im Netz abrufbaren „Kern-Gespräch“ mit dem

Abgeordneten Timm Kern aus dem Landtag von Baden-Württemberg. Beim Festakt anlässlich des 25jährigen Bestehens des Bayerisch-Französischen Hochschulzentrums sprach die Direktorin über den (ihres Erachtens durchaus besorgniserregenden) Stand der französisch-deutschen Beziehungen. Im Gymnasium Berchtesgaden drehte sich ihr Vortrag „Demokratieerziehung und Wertevermittlung im Zeitalter der Digitalisierung“ auch um die Themen, die im Editorial dieser Ausgabe angesprochen werden.

Das Kuratorium der Akademie für Politische Bildung hat in seiner Frühjahrsitzung entschieden, Professorin Münch der Bayerischen Staatsregierung zur erneuten Wiederernennung vorzuschlagen. Vorbehaltlich der Ernennung durch die Staatsregierung beginnt ihre dritte Amtszeit am 1. November 2023. Gemäß dem Gesetz über die Errichtung einer Akademie für Politische Bildung aus dem Jahr 1957 wird ein Akademiedirektor von der Staatsregierung auf Vorschlag des Kuratoriums für eine Dauer von sechs Jahren ernannt; diese Amtszeit kann gemäß Akademiegesetz ungeachtet des Erreichens der Altersgrenze ausgeschöpft werden. Münchs erste Amtszeit hatte am 1. November 2011 begonnen.

Akademie-Report

Herausgeber: Akademie für Politische Bildung | Buchensee 1 | 82327 Tutzing | Tel. 08158/256-0 | Fax 08158/256-14
 Internet: <https://www.apb-tutzing.de> | E-Mail: k.klemm-vollmer@apb-tutzing.de | **Redaktion:** Prof. Dr. Ursula Münch (verantw.), Dr. Kinza Khan, Karin Klemm-Vollmer (Redaktion und Gestaltung) | **Layout-Konzept:** Michael Berwanger | Agentur Tausendblauwerk | www.tausendblauwerk.de
Druck: Satz & Druck Molnar | Blumenstraße 26 | 82407 Wielenbach | **Der Akademie-Report wird kostenlos abgegeben.**